

Wirtschaftsdienst

Deutscher Volkswirt

Herausgegeben von der Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstituts

Der Wirtschaftsdienst erscheint wöchentlich einmal. Jahrespreis bei der Post und im Buchhandel 30.— Mark

In Kommission bei Otto Meißners Verlag in Hamburg. Schriftleitung: Hamburg 36, Rothenbaumchaussee 5. Fernsprecher: Hanfa 2447—51

Nr. 15

Hamburg, den 11. April 1919.

4. Jahrg.

Inhalt:

Wert und Notwendigkeit deutschen Kolonialbesitzes	Seite 293	Portugiesisch-Ostafrika	Seite 303
Die Besteuerung des arbeitslosen Einkommens	„ 296	Abessinien	„ 304
Länder-Berichte:		Weltwirtschaftliche Übersichten:	
England	„ 298	Geld und Kapital	„ 306
Frankreich	„ 300	Schiffahrt und Schiffbau	„ 306
Chile	„ 301	Rohstoffe und Warenmärkte	„ 307
		Getreide und Futtermittel	„ 310
		Vermischtes	„ 311

Wert und Notwendigkeit deutschen Kolonialbesitzes

Die Hamburger Handelskammer veranstaltete kürzlich in Anwesenheit des Reichsministers für die Kolonien, Herrn Dr. Bell, eine eindrucksvolle Kundgebung, um den hamburgischen kolonialen Kreisen Gelegenheit zu geben, in persönlicher Fühlungnahme mit dem Reichsminister die Stellung der Kaufmannschaft darzulegen. Wir haben Herrn Direktor Otto Riedel, der bei dieser Gelegenheit das Referat hielt, gebeten, die leitenden Gedanken in einem Aufsatz des „Wirtschaftsdienst“ zusammenzufassen.

Die Schriftleitung.

Die hamburgische Kaufmannschaft, die durch jahrzehntelange Arbeit in und mit den Kolonien auf das engste mit der deutschen kolonialen Betätigung verbunden ist, wird von schweren Sorgen erfüllt durch die Mitteilungen der Presse über den Gang der Pariser Verhandlungen, die über das künftige Schicksal des deutschen Kolonialbesitzes entscheiden wollen, noch ehe den berufenen Vertretern des Deutschen Reiches Gelegenheit gegeben wurde, die berechtigten und rechtmäßigen Ansprüche unseres 70 Millionenvolkes zur Geltung zu bringen.

Wenn wir die Berichte der feindlichen Presse lesen, dann müssen wir uns fragen, wie es möglich sein kann, daß Lügen und Verleumdungen so viel Macht gewinnen können, um alles, was bisher als „Recht“ galt, in das Gegenteil zu verdrehen. In den verschiedenen Botschaften des Präsidenten Wilson wird ein Frieden des Rechts und der Völkerversöhnung verheißen, und insbesondere für die Kolonialfrage ist unzweifelhaft eine Regelung zugesichert, die uns nicht nur die künftige koloniale Betätigung, sondern eine gerechte und unparteiische Prüfung der kolonialen Ansprüche hätte gewährleisten müssen. Statt dessen aber soll uns jetzt unter krassestem Bruch der Vereinbarungen nicht nur unser früherer Kolonialbesitz geraubt werden, sondern für alle Zukunft soll der deutsche Kaufmann ausgeschlossen sein von den Gebieten, die er unter Einsetzung von Gut und Leben der Kultur miterschlossen und mit zu dem gemacht hat, was sie heute sind.

Wir hanseatischen Kaufleute müssen gegen diese Absicht der Feinde auf das energischste protestieren: eine Wegnahme

unserer Kolonien würde unseren Lebensnerv durchschneiden und eine Wiedererrichtung unseres zusammengebrochenen Wirtschaftslebens in absehbarer Zeit zur Unmöglichkeit machen. Zahlreiche Kundgebungen und Proteste der letzten Zeit haben denn auch keinen Zweifel darüber gelassen, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit die Rückgabe der deutschen Kolonien fordert. Bei diesen Gelegenheiten ist auch schon vieles gesagt worden, was für die Notwendigkeit der Erhaltung unserer früheren Schutzgebiete angeführt werden kann, aber die Wichtigkeit des Gegenstandes läßt es geboten erscheinen, wieder und immer wieder alles zusammenzufassen, was uns dazu zwingt, auf Rückgabe ausreichenden Kolonialbesitzes zu bestehen.

Unter der Begründung, daß die Sorge für die Wohlfahrt und Entwicklung der Naturvölker eine Kulturaufgabe sei, die den fortgeschrittenen Nationen anvertraut werden müsse, die durch ihre Hilfsmittel, Erfahrungen oder durch ihre geographische Lage am besten hierzu geeignet sind, sieht der § 19 der Völkerbundsverfassung, die jetzt von der Entente beraten wird, vor, uns von fernerer kolonialer Betätigung auszuschließen. Es ergibt sich nun die Frage, was es heißen soll, wenn in diesem Zusammenhang von „fortgeschrittenen Nationen“ gesprochen wird. Ist nicht auch das deutsche Volk eine fortgeschrittene Nation? Infolge einer Jahrtausende alten Kultur und gestützt auf Kraft und Tüchtigkeit ist unser Volk zu einer geistigen und wirtschaftlichen Blüte emporgestiegen, die den Neid und die Mißgunst der uns heute feindlichen Mächte erweckte. Dieser Fortschritt ist es dann wohl auch letzten Endes gewesen, der den Krieg entfesselt hat: der Verlauf der Pariser Verhandlungen hat gezeigt, daß das ganze Streben unserer Feinde darauf hinausläuft, unseren Wiederaufstieg nach dem jetzt verlorenen Kriege auf Menschenalter hinaus zu unterbinden.

Und was soll es weiter bedeuten, wenn für künftige koloniale Betätigung der Völker Erfahrungen verlangt werden? Hat nicht auch das deutsche Volk in seiner dreißigjähri-

gen Kolonialgeschichte längst den Befähigungsnachweis erbracht?

Wenn diese beiden Begründungen schon in keiner Weise gegen Deutschland angewendet werden können, so verhält es sich genau so mit dem Einwand der geographischen Lage unserer Kolonien. Sowohl englische wie französische Kolonien liegen weit entfernt vom Mutterland, — ich erinnere nur an die Kolonien der beiden Mächte im Stillen Ozean: Neu-Caledonien, Fidji, Neu-Hebriden, Tahiti. Alle Besitzungen fremder Mächte im Stillen Ozean beweisen, daß auch bei einer weiten Entfernung von der Zentrale eine geordnete Verwaltung stattfinden kann. Der Artikel 19 würde auch selbst dann nicht gegen Deutschlands Berechtigung, seine Kolonien wiederzuerlangen, sprechen, wenn er sich, wie er vielfach ausgelegt wird, nur auf Südwestafrika und die Südsee beziehen sollte. Niemals sind in der Südsee irgendwelche Klagen gegen die deutsche Verwaltung vorgebracht worden. Im Gegenteil ist unsere dortige Verwaltung von Angehörigen der anderen feindlichen Nationen verschiedentlich als nachahmenswert empfohlen worden.

Gewiß sind auch von uns zunächst Fehler begangen worden, wie sie jedem kolonisierenden Volk nachgewiesen werden können, sie gehören aber längst der Vergangenheit an. Wenn diese früheren Mißgriffe jetzt verallgemeinert werden sollen, um den Raub unserer Kolonien moralisch zu rechtfertigen, dann haben gerade wir Hamburger Kaufleute, die wir dort draußen in so kurzer Zeit Großes geleistet haben, nicht nur das Recht, sondern im Interesse der Wahrheit auch die Pflicht, unsere Stimme gegen solche Unterstellung zu erheben.

Engländer und Franzosen erkennen wir nicht als unbefangene Richter über unsere koloniale Tätigkeit an. Das, was von uns vielleicht in den ersten Anfangsjahren unserer kolonialen Tätigkeit gesündigt worden ist, steht in gar keinem Verhältnis zu den Unmenschlichkeiten, die von unseren Feinden begangen worden sind. Die englische und französische Kolonialgeschichte beweist, mit welchen Mitteln von diesen Mächten kolonisiert worden ist. Kein Kolonialreich ist mit blutigeren Opfern und größeren Grausamkeiten erkämpft worden als das englische. Ich erinnere nur an die Schreckensherrschaft eines Warren Hastings in Indien, an die Vernichtung der australischen und neuseeländischen Volksstämme durch die Engländer, an die sudanesischen Greuelthaten eines Lord Kitchener. Und glauben denn die Feinde wirklich, daß unsere Lettow-Askari all die Heldentaten, die wir mit begeisterter Bewunderung verfolgt haben, in enger Gemeinschaft mit unseren unvergleichlichen Ostafrika-Kämpfern ausführen konnten, wenn nicht stille, zielbewußte, organisatorische Arbeit seitens der Verwaltung das Vertrauen zu den Deutschen geschaffen hätte? Der Zweck dieser Verleumdungen ist durchsichtig genug: man will den Raub unserer Kolonien, die wir rechtmäßig und völkerrechtlich unanfechtbar erworben haben, legitimieren.

Der hiesige Ausschuß der Kolonialdeutschen hat in systematischer Arbeit all die gegen uns erhobenen Vorwürfe zu entkräften versucht und in zahlreichen Flugblättern ein Material zur Abwehr dieser Verleumdungen zusammengetragen, das in seiner Reichhaltigkeit beweist, daß wir uns gerade vor Engländern und Franzosen nicht zu verstecken brauchen. Und wie häufig ist unsere Verwaltungstätigkeit auch von unseren jetzigen Feinden, von englischen und französischen und auch von amerikanischen Autoritäten anerkannt worden.

Zu schämen haben wir uns aber auch unserer wirtschaftlichen Erfolge in den Kolonien nicht. Schon lange, ehe eine deutsche koloniale Tätigkeit unter dem Schutz der deutschen Flagge einsetzte, sind wagemutige Pioniere hinausgezogen, um dem hanseatischen Handel neue Betätigungsfelder zu erschlie-

Ben. In den 40er und 50er Jahren haben die Hamburger Firmen O'Swald, Hansing und Woermann sich in West- und Ostafrika festgesetzt. Im Jahre 1855 erschloß die hamburgische Firma Johann Caesar Godeffroy von Valparaiso aus die Südsee, um sich dort zu einem gewaltigen Handelsunternehmen auszudehnen und als Mitte der 80er Jahre die deutsche Reichsregierung den Schutz des Handels in Afrika und der Südsee übernahm, fand sie schon blühende Handelshäuser und fortgeschrittene Verhältnisse vor.

Einige Zahlen mögen hier eingeschaltet werden, um den bedeutenden Aufstieg der Entwicklung unserer Kolonien in den letzten Jahrzehnten zu beweisen:

Der Gesamthandel der Kolonien belief sich 1895 in Ausfuhr und Einfuhr zusammen auf rund 29 Millionen Mark; 10 Jahre später waren bereits die ersten 100 Millionen Mark erreicht und 1913 überstieg unser Gesamthandel mit den Kolonien bereits die Summe von 320 Millionen Mark. Die Ausfuhr aus den Kolonien belief sich 1913 auf 165 Millionen und die Einfuhr auf 155 Millionen Mark. In Anbetracht des deutschen Gesamthandels, der vor dem Kriege 20 Milliarden betrug, mögen diese 320 Millionen Mark vielleicht klein und unbedeutend erscheinen, in Wirklichkeit aber ist dieser Erfolg doch außerordentlich hoch zu bewerten, denn die Summe von 320 Millionen stellt erst den Anfang einer sehr großen, Erfolg versprechenden Entwicklung dar.

Bei der Einschätzung unseres Kolonialbesitzes kommt es ja überhaupt nicht nur auf den greifbaren Wert an, den er darstellt, sondern in erhöhtem Maße auch darauf, was wir von ihm noch zu erwarten haben und welchen indirekten Nutzen wir aus ihm ziehen. Würden die Kolonien uns von den Feinden genommen und uns die „offene Tür“ — wie es von ihnen beabsichtigt ist — verschlossen, so wird es sich als selbstverständliche Folge ergeben, daß der deutsche Kaufmann auch vom Handel dort ausgeschaltet wird. Den Angestellten, die in den Kolonien ihren Beruf ausgeübt haben, den Reedereien, die mit ihren Schiffen den Verkehr mit den Kolonien vermittelt haben, den Versicherungs-Gesellschaften, die die Transportgefahren deckten, ihnen allen wird dieses wichtige Feld ihrer Tätigkeit verschlossen. Auch unsere Industrie würde, wenigstens in vielen Artikeln, aus dem bisherigen Absatzgebiet verdrängt werden; bei solchen Fabrikaten, die wir noch auf Umwegen zu exportieren in der Lage sein würden, bliebe der Verdienst erheblich beschnitten. Aus Westafrika wurden vor dem Kriege jährlich etwa für 100 Millionen Mark Rohstoffe eingeführt, und zwar Palmkerne, Palmöl, Gummi, Kakao, Kaffee, Elfenbein usw. Auf Grund von Berechnungen Sachverständiger repräsentieren davon etwa 20 bis 30 Prozent Gehälter an die Angestellten, ihren Lebensunterhalt, Schiffsfracht, Assekuranz-Prämien und den Verdienst der Firmen. Die Rohprodukte werden im allgemeinen bekanntlich gegen die aus Deutschland eingeführten Waren eingehandelt, auf denen in Deutschland ein Verdienst von 15 bis 20 Prozent ruht. Daraus ergibt sich, daß die 100 Millionen Mark Rohprodukte Deutschland eigentlich nur 65 Millionen Mark kosten. Bei einem Fortfall des direkten Handels mit den Kolonien würde Deutschland also an Steuerkraft und Nationalvermögen auf das Empfindlichste geschwächt.

Es ist ferner selbstverständlich, daß, wenn Deutschland erst aus den Kolonien verdrängt ist, unsere Feinde uns dann nicht etwa Rohprodukte liefern würden, die durch unsere Industrie ihre Veredelung erfahren könnten, sondern daß sie uns sicherlich entweder das Halbfabrikat — also z. B. aus Palmkernen das Palmkernöl — liefern, oder sogar nur das Fertigfabrikat, Margarine, Seife.

Der ganze Gewinn, der sich bisher aus dem Veredelungs-

verfahren für unsere Industrie und damit für unsere Arbeiter, für unsere Volkswirtschaft ergeben hat, würde in Zukunft in Fortfall kommen. Also auch für unsere Industrie würde der Verlust unserer Kolonien gewaltig sein. Die vor dem Kriege blühenden Fabriken, die durch koloniale Rohstoffe gespeist werden, müssen verkümmern, wenn wir nicht wieder in Übersee und in den Kolonien frei handeln können.

Die große Gefahr, die nicht eindringlich genug hervorgehoben werden kann und bei weitem nicht immer in ihrer vollen Größe erkannt wird, liegt eben darin, daß es eine dauernde Schädigung ist, die die Engländer und Franzosen mit der Wegnahme unserer Kolonien beabsichtigen. Um bei dem obigen Beispiel zu bleiben, würde also Deutschland den Betrag von 35 Millionen Mark jährlich einbüßen, wenn es nicht direkt in Westafrika seine Rohprodukte einkauft, sondern sie auf dem Wege über England beziehen muß. Zu 4 Prozent kapitalisiert, würde das eine Summe von 875 Millionen Mark bedeuten, die dem Nationalvermögen entzogen werden. In derselben Weise könnten die Zahlen für unsere anderen Schutzgebiete, Ostafrika und die Südsee, errechnet werden. Wenn es unseren Feinden gelingt, ihr Ziel zu erreichen, dann würde buchstäblich das zutreffen, was Lloyd George schon vor mehr als zwei Jahren als das englische Kriegsziel hingestellt hat, indem er sagte: „Wir wollen den deutschen Handel so bombardieren, daß es ihn nach dem Kriege nicht mehr gibt. Wir haben die Schlinge in unserer Hand, die wir um den Hals Deutschlands legen können, und wir werden es auch tun.“

Wohl standen unsere Kolonien an Produktion gegenüber den Mengen, die wir aus fremden Bezugsgebieten erhalten haben, noch weit zurück. Aber wenn sie auch nicht zur Versorgung unserer Industrie mit Rohmaterial genügten, so setzten sie uns doch in den Stand, auf die Preisbildung einen in manchen Fällen maßgebenden Einfluß auszuüben.

Was nun die Frage betrifft, welchen positiven Wert unsere Kolonien darstellen, so ist in diesem Zusammenhang nicht nur der Wert maßgebend, der sich aus der Kapitalisierung der vom Reich und den Unternehmern in den Kolonien schon angelegten Summen ergibt, sondern es müßte der Kapitalwert von Grund und Boden mit allem, was auf ihm und in ihm ruht, ermittelt werden. Große Landstrecken unserer Schutzgebiete, ich erinnere nur an das Innere von Neuguinea, sind bisher kaum von einem Weißen Fuß betreten, geschweige denn erforscht worden. Und doch wissen wir, daß ungeheure Schätze an Mineralien dort ihrer Hebung harren. Das Vorkommen von Petroleum, Kohle, Gold und Platin ist einwandfrei festgestellt. Auf den Südseeinseln Nauru und Angaur lagern ungeheure Mengen der vorzüglichsten Phosphate, deren Mächtigkeit Schätzungen bis auf 300 Millionen Tonnen erfahren haben. In Deutsch-Südwestafrika befinden sich Diamantenfelder, die bis 1913 einen Ertrag von 200 Millionen Mark ergeben hatten. In der größten deutschen Kolonie, Deutsch-Ostafrika, werden Gold, Glimmer und Salz ausgebeutet. Daneben konnte an zahlreichen Orten der Kolonie das Vorkommen der verschiedensten Mineralien festgestellt werden, wenn auch eine systematische Ausbeutung noch nicht eingesetzt hatte.

Den Wert dieser Minerallager auch nur annähernd zu bestimmen, dürfte sehr schwierig, wenn nicht unmöglich sein. Zu diesen Lagern kommen dann noch Werte des nützlichen Waldbestandes, des Wild-, Fisch- und Viehbestandes hinzu, ferner der Landbesitz der Eingeborenen, die Anlagen der europäischen Unternehmungen, die Eisenbahnen und die fiskalischen Anlagen und die ungeheuren Strecken, die noch nicht unter Kultur genommen werden konnten. Gerade die Europäer-Pflanzungen befanden sich in einem Stadium der Ausdehnung. Während die Pflanzungen in allen Kolonien im Jahre 1909 eine Ausdehnung von 84 500 Hektar erreicht hatten,

beliefen sich die bebauten Flächen vier Jahre später auf mehr als das Doppelte; die ertragfähigen Flächen hatten sich in den vier Jahren seit 1909 fast um das Dreifache vermehrt. Ich erwähne auch diese Zahlen, um darzutun, daß der wirkliche Wert unserer Kolonien von Jahr zu Jahr steigt, und daß, da wir erst am Anfang der Bewirtschaftung unserer Kolonien standen, gerade für die nächste Zukunft eine ganz außerordentliche Erhöhung des Wertes bevorstand. Ich glaube nicht fehlzugehen, wenn ich den gegenwärtigen Gesamtwert der Kolonien, wenn er auf die oben angedeutete Art errechnet wird, auf Hunderte von Milliarden Mark schätze, jedenfalls auf mehr als die gesamte von den Feinden geforderte Kriegsentschädigung, was ja auch der bekannte englische Publizist Morel in der „Nation“ zugibt.

Wenn nun schon dieser wirtschaftliche Wert unserer Kolonien England und Frankreich einen starken Anreiz gibt, so kommt andererseits noch hinzu, daß sie zur Befriedigung ihres Imperialismus Deutschland alles dessen berauben wollen, was zum Wiedererstarken seiner Volkskraft beitragen könnte. Selbst den geringen Anteil, den Deutschland überhaupt an den auswärtigen Besitzungen vor dem Kriege gehabt hat, soll es noch hergeben; wie wenig aber ein solches Begehren mit dem Wilsonprogramm des Verständigungsfriedens auf der Basis der Gerechtigkeit zu vereinen ist, das mögen folgende Zahlen, die ich den instruktiven Ausführungen Geheimrat Stuhlmanns*) entnehme, dartun. Während Deutschland nur drei Millionen Quadratkilometer kolonialen Bodens sein eigen nennen konnte, besitzt England elfmal, Frankreich fünfmal soviel als Deutschland.

Der englische Kolonialbesitz ist hundertfünfundfünfzigmal, der französische einunddreißigmal größer als das Mutterland, während Deutschlands Kolonien nur fünfmal größer als das Heimatland gewesen sind. Die Bevölkerungsziffern zeigen ein ähnliches Verhältnis. Auf jeden englischen Bürger kommen neun Eingeborene in den Kolonien, auf jeden Franzosen kommen 2,1, während auf jeden Deutschen nur $\frac{1}{4}$ Kolonialeingeborener kam.

Das kleine Belgien hat sogar einen einundachtzigmal größeren Kolonialbesitz als das Mutterland und auch die Ausdehnung der holländischen Kolonien übersteigt die Größe des Mutterlandes um das Sechzigfache.

Wenn nach dem Wilsonprogramm eine unparteiische Verteilung des Kolonialbesitzes erfolgen soll, dann lege man diese Ziffern den Verhandlungen zugrunde.

Für das neue Deutschland ist die Kolonialfrage und ihre gerechte Regelung nicht eine Angelegenheit irgend eines Standes oder einer Partei, sondern sie ist in vollem Sinne des Wortes eine Lebensfrage für das ganze deutsche Volk. Nicht der Kapitalismus oder der Kaufmann ist in erster Linie an ihr interessiert, sondern der Arbeiter, die breite Masse der Bevölkerung. An die Einsicht und Umsicht, an die Schlagfertigkeit unserer Unterhändler in allen Kolonialfragen werden die höchsten Ansprüche gestellt werden müssen. Gründliche Erfahrung, persönliche Kenntnis unserer Kolonien und vor allen Dingen auch die Kenntnis der Psyche unserer Feinde werden unerläßliche Bedingungen für die Auswahl unserer zur Friedenskonferenz zu entsendenden Vertreter sein müssen.

Der Besitz der Kolonien ist zweifellos auch eine Prestigefrage von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Unsere Kolonien sind für uns wichtige Etappen auf unseren überseeischen Handelswegen. Wenn wir von der Küste Afrikas verdrängt werden, dann verlieren wir nicht nur die eigenen Gebiete, sondern unsere gesamten Verbindungen in Afrika sind damit gefährdet. Wenn wir die Südseebesitzungen nicht zurückerhalten, dann ist damit eine Vorpostenstellung des Deutsch-

* Vergl. „W.-D.“ Nr. 7, 1919.

tums im fernen Osten dahin, die uns für die wirtschaftliche Durchdringung Ostasiens von großem Werte ist. Erst wenn die deutsche Flagge von den Weltmeeren verschwunden ist, ist das deutsche Volk für die Nationen auf der anderen Seite der Erde wirklich besiegt. Und dazu darf es nicht kommen! Wir müssen die Gefahr voll und ganz erkennen, die darin liegt, daß unsere Weltgeltung mit einem Schlage vernichtet werden soll: ihr zu begegnen mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln ist Pflicht jedes einzelnen, Pflicht der Gesamtheit. Das deutsche Volk darf keinen Frieden unterzeichnen, der uns ausschaltet aus der Gemeinschaft der Völker, und der Völkerbund wird zu einer Farce, wenn ein 70-Millionen-Volk von ihm ausgeschlossen wird. Wenn all die Aufgaben des Wiederaufbaues der durch den Krieg zerstörten Güter erfüllt werden sollen, wenn darüber hinaus noch ungeheure Summen für Kriegsschadigungen von uns verlangt werden, dann darf man das Deutsche Reich nicht all seiner Einnahmequellen vorher berauben. Wir dürfen nicht abhängig sein von den vexatorischen Bestimmungen einer feindlichen Handelspolitik, wenn wir Aussicht bieten sollen, den uns auferlegten Bedingungen auch nachkommen zu können.

Der Raub unserer Kolonien, wie er von unseren Feinden jetzt geplant wird, würde eine dauernde Gefährdung des Weltfriedens bedeuten, denn niemals könnte das deutsche Volk das

Unrecht vergessen, daß ihm mit der Fortnahme seiner Kolonien angetan wird. Eine neue elsass-lothringische Frage würde damit geschaffen und das Rachegefühl unseres Volkes würde die Welt nicht zur Ruhe kommen lassen. Man mag uns jetzt knebeln und alles nehmen, was zur Wiederaufrichtung unserer Wirtschaft und unserer Volkskraft dienen könnte, einst wird doch der Tag kommen, der uns Vergeltung bringt. Nicht immer wird die Allianz der Völker in ihrer heutigen Form bestehen, Deutschland aber würde sich stets auf der Seite der Gegner unserer heutigen Feinde finden. Die Staatsmänner, die sich jetzt in Paris unterfangen wollen, die Welt auf neue Grundlagen zu stellen, mögen nicht vergessen, daß ein starkes Volk von 70 Millionen Menschen nicht durch papierne Vorschriften aus dem Weltgeschehen ausgeschaltet werden kann. Das deutsche Volk, das in einem mehr als vierjährigen Krieg gegen eine Welt von Feinden nicht besiegt werden konnte, hat seine Sendung noch nicht erfüllt. Aus der Nacht unseres Zusammenbruchs muß und wird noch ein Weg ins Freie und zu einer besseren Zukunft führen. Als Vorbeugung hierzu betrachten wir freie und ungehinderte Betätigung in Übersee und ausreichenden Kolonialbesitz. Unsere Regierung darf keinen Frieden unterzeichnen, der uns das nicht gewährt, wenn sie darauf Anspruch erhebt, als wahre Vertreterin unseres Volkes zu gelten.

Otto Riedel

Die Besteuerung des arbeitslosen Einkommens

Die steuerliche Entwicklung in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege wird dadurch gekennzeichnet, daß das ethische und im Zusammenhang damit das soziale Moment in Theorie und Praxis mit zunehmender Stärke Geltung heischte. Im Kriege, der den Gegensatz zwischen unverschuldeter, bitterster Not auf der einen, unverändertem, schwindelndem Reichtum auf der anderen Seite auf die Spitze trieb, wurde dann die Forderung nach steuerlicher Gerechtigkeit lauter und dringender denn je erhoben. Sie gipfelt vor allem darin, daß Einkommen und Vermögen, denen keine angemessene, für die Allgemeinheit geleistete Arbeit entspricht, stärker herangezogen werden sollen, als erarbeitete Einkommen und Vermögen. Ja, sie sollen unter gewissen Umständen ganz dem Staate zufallen.

Die ethische Berechtigung dieser grundsätzlichen Forderung ist unbestreitbar. Es fragt sich nur, auf welche Weise sie am besten zu verwirklichen ist. Alle Versuche, den klaren und einfachen Gedanken in die Praxis umzusetzen, sind leider bisher größten Schwierigkeiten begegnet. Die Steuer vom unverdienten Wertzuwachs an Grund und Boden wurde immer mehr modifiziert, bis der eigentliche Kern nicht mehr zu erkennen war und sie ganz in andern Steuern aufging. Die erstrebte Besteuerung der Kriegsgewinne erwies sich als unmöglich, weil eine Scheidung zwischen Kriegsgewinnen und normalem, angemessenem Vermögenszuwachs technisch nicht durchzuführen ist. So landete man bei einer bloßen unterschiedslosen Besteuerung des Vermögenszuwachses überhaupt.

Mit der Kapitalrentensteuer, über die zurzeit ein Gesetzentwurf vorliegt, verhält es sich kaum anders. Es besteht die Gefahr, daß das an sich richtige Verlangen, „das arbeitslose Einkommen“ besonders scharf anzufassen, durch die Vergrößerung, die der Gedanke bei dem Versuch, ihn praktisch anzuwenden, erfährt, nur mangelhaft erfüllt, ja daß das gerade Gegenteil erreicht wird.

Als „arbeitsloses Einkommen“ kann jedenfalls nicht ein Einkommen in Höhe von etwa 1000—5000 *M* angesprochen werden, wie es kleine Rentner oder Witwen aus Kapitaleinkünften beziehen. Sie haben die Arbeit, von der sie jetzt zehren, vorher geleistet, und sich dadurch instand gesetzt, das Kapital zu erwerben. Wie man ja auch die Pension eines der Ruhe

pflegenden Beamten nicht als arbeitsloses Einkommen betrachtet.

Es sei hier nicht untersucht, inwieweit der Begriff des „arbeitslosen Einkommens“ auf die anderen von der Kapitalrentensteuer betroffenen Rentenbezieher wirklich angewendet werden kann. Aber es leuchtet ein, daß eine Besteuerung des kleinen Rentners der obigen Kategorie ohne jegliche Unterscheidung von den ein höheres Einkommen beziehenden Kapitalbesitzern und ohne Berücksichtigung der Art und Weise, wie das Kapital erworben ist, eine Härte darstellt, die die soziale Forderung zur schreienden Ungerechtigkeit verkehrt: Alle Kapitalerträge sollen gleichmäßig einer Abgabe von 10 v. H. unterliegen.

Die Gründe, die die Regierung dabei leiten, sind uns schwer zu erkennen. An der Spitze steht wieder die Notwendigkeit, dem Reich möglichst ergiebige Einnahmen zu erschließen. Je radikaler man zu diesem Zwecke vorgehen muß, desto weniger kann man Rücksicht nehmen und an und für sich berechnete Differenzierungen machen, mit anderen Worten, desto unsozialer werden die Gesetze. Diese Erfahrung werden wir voraussichtlich auch noch bei weiteren Steuerprojekten machen. Die Kapitalrentensteuer soll dem Reich den höchsten jährlichen Betrag bringen, der ihm je aus einer einzigen Steuer zugeflossen ist. Mit 1,3 Milliarden *M* Aufkommen würde sie die Verzinsung für 36 Milliarden *M* Kriegsanleihe ergeben.

Ein anderer Beweggrund ist massenpsychologischer Art. Die Regierung will den unruhigen Elementen beweisen, daß es ihr mit der Vernichtung des Kapitalismus ernst ist. Dadurch daß die Vermögen, die Einkommen aus Kapitalien und die höheren Einkommen immer wieder durch die verschiedensten Steuern herangezogen werden (Entwurf einer allgemeinen Vermögensabgabe, Besteuerung des Vermögenszuwachses, Projekt einer Betriebsgewinnsteuer usw.), soll es den Massen eingehämmert werden, daß die besitzenden Klassen jetzt bis zur Grenze des Möglichen zu den Staatslasten beitragen müssen. In dieser Hinsicht erscheint die Wiederholung in den mannigfaltigsten Formen wirkungsvoller als eine einzige Steuer. Ob die Regierung mit derartigen Erwägungen aber auf Erfolg rechnen darf, erscheint sehr zweifelhaft, denn es kommt ihren

Gegnern auf der linken Seite nicht auf Besteuerung an, sondern auf Enteignung.

Der Widerstand der Einzelstaaten gegen eine Reichseinkommensteuer setzte die Regierung, nachdem sie überhaupt notgedrungen den Einzelstaaten größeren politischen Einfluß eingeräumt hat, außerstande, im gegenwärtigen Augenblick mit einer einzigen, großen und umfassenden Reichseinkommen- oder Reichsvermögenssteuer hervorzutreten. So blieb nur eine Reihe von neuen Einzelsteuern. Es kann nicht genug beklagt werden, daß wir auf diese Weise durch Beibehaltung und verschärfte Anwendung jener unglückseligen, aus dem überlieferten bundesstaatlichen Aufbau des Reiches sich herleitenden Steuermethoden immer tiefer in das Steuerelend hineingeraten, statt einen neuen Weg einzuschlagen, der aus ihm herausführen könnte. Unser Steuersystem wird immer noch komplizierter, unübersichtlicher, unrationeller, und das in einer Zeit, in der gerade wegen der Milliardensummen, die aufzubringen sind, auf jeden Pfennig zu achten wäre. Der gesamte Steuerapparat wird immer noch kostspieliger, während das Wirtschaftsleben durch die uneinheitliche, verwickelte, innerlich widerspruchsvolle Belastung doppelt getroffen wird.

Im Rahmen einer Reichseinkommensteuer hätte sich die Besteuerung der „arbeitslosen Einkommen“ am gerechtesten und vollkommensten vornehmen lassen. Wäre eine entsprechende Reichsvermögenssteuer hinzugetreten und so die gesamte wirtschaftliche Lage und Leistungsfähigkeit des einzelnen bei der Besteuerung berücksichtigt worden, so hätte man ruhig zu den höchsten Steuersätzen greifen können. Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß doch noch eines Tages und zwar bald zu diesem zugleich einfachsten, wirksamsten und sozialsten Mittel gegriffen wird.

Nachdem die Regierung aber vorläufig darauf verzichtet hat, ist sie zur Wahl gerade einer Kapitalrentensteuer und zu einem Entwurf, der keinerlei Unterscheidungen nach sozialen Gesichtspunkten berücksichtigt, vornehmlich durch einen technischen Umstand gekommen. Und dieser hat in der Tat etwas Bestechendes. Die Steuer soll gleich an der Quelle erfaßt werden, also beim Schuldner statt beim Gläubiger. Sie ist eine direkte Steuer ihrem Wesen nach, wird aber indirekt erhoben. Der Schuldner sendet dem Gläubiger den fälligen Betrag mit einer Mitteilung über die entrichtete, also abgezogene Steuer unter Benützung von Stempelmarken. Nur wo diese Erhebungsart nicht anwendbar ist tritt Deklaration ein, so bei Erträgen aus ausländischem Kapital und bei Wechseldiskontbeträgen. Dieser Modus zeichnet sich durch größte Einfachheit aus. Die Hinterziehung der Steuer wird aufs Äußerste erschwert. Die Verhinderung der Steuerhinterziehung ist aber gegenwärtig überhaupt eine der wichtigsten Aufgaben unserer Steuerpolitik. Für die kommende Vermögenssteuer ist in der Kapitalrentensteuer eine wertvolle Kontrolle gegeben. Differenzierung nach der Leistungsfähigkeit hätte die Erfassung der Steuer an der Quelle unmöglich gemacht oder doch erheblich schwieriger gestaltet.

Aus der gleichen Erwägung beschränkt sich der Gesetzentwurf auf das mobile Kapital. Folgende Eingänge werden als Kapitalerträge bezeichnet:

Dividenden inländischer Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien, Kolonialgesellschaften, Erträge von Gesellschaften m. b. H., deren Stammkapital 300 000 M übersteigt, sowie Ausbeuten von Gewerkschaften, Zinsen aus inländischen, festverzinslichen Papieren (Reichs-, Staats- und Kommunalanleihen, Pfandbriefe, Hypothekenobligationen, Eisenbahn- und Industrieobligationen), Sparkassenzinsen, Zinsen aus Bankguthaben, Zinsen aus anderweitigen Darlehen einschl. stiller Beteiligung, Hypothekenzinsen,

Vererbliche Renten, Wechseldiskontverträge, soweit es sich dabei um Kapitalanlagen handelt, Erträge aus Auslandskapital.

Vom Gerechtigkeitsstandpunkt ist die Ausnahme des immobilien Kapitals nicht zu rechtfertigen. Auch hier war wie gesagt der technische Umstand für die Auswahl der Steuerobjekte entscheidend. Der Industrielle, der einen Teil seiner Kriegsgewinne in verpachtetem Grund und Boden angelegt hat, kommt besser weg, als derjenige, der seine Überschüsse wieder in Unternehmungen steckt. Der Großkapitalist, dessen Geld in offenen Handelsgesellschaften oder kleineren Gesellschaften m. b. H. arbeitet, wird von der geplanten Steuer nicht getroffen und das angesichts der Tatsache, daß auch die kleinsten Rentner die Steuer zahlen müssen. Die Regierung faßt den aus offenen Handelsgesellschaften fließenden Ertrag nicht als Kapitalertrag auf, sondern als rein gewerbliches Einkommen, das deshalb nur der Gewerbesteuer unterliegt. Das ist sehr anfechtbar. Auch in den Erträgen offener Handelsgesellschaften kann Kapitalrente enthalten sein. Was die Grenze von 300 000 M bei Gesellschaften m. b. H. anbelangt, so kann sie leicht umgangen werden, indem z. B. einer solchen Gesellschaft mit 300 000 M Kapital von seiten der Gesellschafter weitere Summen zur Verfügung gestellt werden. Dabei kann die Kapitalertragssteuer aus Darlehen dadurch in Wegfall kommen, daß der Kredit formell unverzinslich gewährt wird und die Kreditgeber dafür als „Beamte“ der G. m. b. H. ein Gehalt beziehen. Möglich sind Schiebungen und Verschleierungen ferner in den Fällen, in denen ein Darlehnsverkehr lediglich zwischen Privatpersonen stattfindet.

Der Entwurf nimmt Banken und Hypothekenbanken aus. Es soll damit eine Doppelbesteuerung vermieden werden, die zwar nicht juristisch, aber doch wirtschaftlich eintreten würde, wenn zum Beispiel die Erträge der Pfandbriefe und die Hypothekenzinsen gleichzeitig besteuert würden. Dagegen sind Versicherungsgesellschaften steuerpflichtig, obwohl deren ganze Kalkulation auf peinlicher Zinseszinsrechnung basiert und daher durch die Kapitalrentensteuer empfindlich gestört werden muß.

Daß schließlich ausländische Gläubiger in weitem Umfange von der Steuer befreit sind, mag unvermeidlich sein, um das Interesse des ausländischen Kapitals an deutschen Kapitalanlagen nicht zu beeinträchtigen, ist aber gleichwohl sehr schmerzlich. Denn das Ausland wird auf diese Weise günstiger gestellt als die deutschen Kapitalbesitzer. Die deutsche Volkswirtschaft arbeitet zum Nutzen des Auslandes; das wird ja überhaupt nach dem zu erwartenden Frieden in nicht geringem Maße unser Los sein. Befreit sind die Kapitalerträge aus öffentlichen Anleihen, wenn der Gläubiger eine im Ausland ansässige Person ist, welche die deutsche Reichsangehörigkeit nicht besitzt oder als Auslandsdeutscher im Sinne früherer Gesetze gilt. Persönlich steuerpflichtig sind aber Ausländer, wenn sie im Deutschen Reich Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt haben und alle Personen, ohne Ausnahme, soweit ihnen Kapitalerträge im Geschäftsbetrieb einer inländischen Niederlassung anfallen.

Durch die Kapitalrentensteuer wird der Zinsfuß der Kriegsanleihen der tatsächlichen Wirkung nach herabgesetzt. Dies kann jedoch kaum als Bruch des früher gegebenen Versprechens aufgefaßt werden, die Anleihen nicht vor einem bestimmten Termin zu konvertieren. Wenn auch das immobile Kapital in dem Gesetzentwurf unberücksichtigt geblieben ist, so liegt doch kein Ausnahmegesetz vor, das nur die Erträge der Kriegsanleihen trifft, sondern es werden die verschiedensten zinstragenden Anlagen besteuert, unter ihnen bilden die Anleihen nur einen Spezialfall.

Dr. Alfred Schmidt-Essen

England

Beilegung der Kohlenarbeiterfrage — Der Kohlenmarkt im Krieg und seine Zukunftsaussichten

Die letzten Tage des März zeigen, daß die Revolution in England nach mehreren schweren Stürmen vorläufig in ein ruhiges Fahrwasser geraten ist. In diesem Sinne ist der Zwischenbericht der parlamentarischen Kommission über die Kohlenfrage und seine Annahme durch die Delegierten der Kohlenarbeiter, Eisenbahner und Transportarbeiter zu verstehen und zu würdigen. Denn wenn auch der Ausgangspunkt nur diese Gruppe von Arbeitern (den sog. Dreiverband) betrifft, so ist doch klar, daß die Zugeständnisse, die hier gemacht worden sind, den Arbeitern der anderen Gewerbe nicht versagt werden können. In der Tat ist gleichzeitig mit der Kommission für den Kohlenbergbau eine Kommission der Industrieräte an der Arbeit, die die Lage der Arbeiterschaft aller englischen Betriebe behandelt, worüber noch in einem gesonderten Aufsatz zu berichten sein wird.

Rufen wir uns zunächst die Ereignisse ins Gedächtnis, die zur Konstituierung der Kommission über die Lage der Kohlenarbeiter führte. Nach Abschluß des Waffenstillstandes entstanden aus den gleichen Gründen wie bei uns Arbeiterunruhen von wachsender Schwere (s. a. Nr. 4 und 8). Sie führten schließlich zur Ankündigung des Generalstreiks des Dreiverbandes (vgl. Nr. 10) für Anfang März. Verlangt wurde: ein Lohnzuschlag von 30 % (gleich ungefähr 3 s auf die höchsten Löhne der Skala), die Einführung des Sechstags statt des Achtstundentages (durch entsprechende Änderung der Eight Hours Act), sowie die Auszahlung voller Löhne aus der Staatskasse an demobilisierte oder entlassene Bergarbeiter, endlich Verstaatlichung aller Bergwerks- und Mineralvorkommen. Dagegen bewilligte der Coal-Controller nur eine Lohnzulage von 1 s täglich, sowie eine Enquête über die Durchführbarkeit von höheren Löhnen, kürzerer Arbeitszeit und Verstaatlichung, ferner gleichmäßige Behandlung der entlassenen Arbeiter und der Demobilisierten. Sein Entgegenkommen war also sehr gering. Die Regierung schien eine Verschleppungspolitik einschlagen zu wollen, die den Arbeitern nicht paßte. Die Lage wurde Ende Februar kritisch, aber es gelang Lloyd George in zwölfter Stunde ein Gesetz über die Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der Lage und Forderungen der Bergarbeiter durchs Parlament zu bringen. Diese Kommission übernahm die Verpflichtung, bis zum 21. März einen Zwischenbericht über Lohn- und Arbeiterfragen zu erstatten; Justice Sankey führte den Vorsitz. Durch das Zustandekommen der Kommission unter Beteiligung der Arbeiter war die Lage gerettet. In der Nacht vom 20. auf den 21. erschien ihr Bericht.

Aus den langen öffentlich geführten Verhandlungen sind zweifellos die Mitteilungen über die Produktions- und Gewinnziffern in den einzelnen Zechen von größtem Interesse:

	Ausbeute Mill. tons	Wert je ton am Grubenkopf	Gewinn abz. Gerech- samen 1) in Mill. £	Gewinn je ton am Grubenkopf
Jahresdurchschnitt 1909—1913	270	8 s 9 d	13	1 s
Jahresdurchschnitt 1912—1913	274	9 s 7 1/2 d	18 1/2	1 s 4 1/2 d
1914	266	9 s 11 3/4 d	15 1/2	1 s 11 1/2 d
1915	253	12 s 5 1/2 d	21 1/2	1 s 8 d
1916	256 1/2	15 s 7 1/4 d	38 3/4	2 s 11 d
1917	248 1/2	16 s 8 3/4 d	27 3/4	2 s 2 1/2 d
1918 (9 Monate)	218	24 s 16 d	39	3 s 6 1/2 d

1) Royalties.

Diese Zahlen beziehen sich nur auf die 1018 größeren Unternehmungen; 434 kleinere, die weniger als 2000 t jährlich produzieren, sind nicht berücksichtigt. Die erhöhten Gewinne fließen bekanntlich nur zum kleinsten Teil den Grubenbesitzern zu. Nur der Durchschnitt von zwei der letzten dem Krieg vorausgehenden Jahre und 5 % des hierüber hinausgehenden Betrages wird ihnen überlassen; das übrige erhält das Schatzamt.

Der Reingewinn der Kohlenzechen und das Kohlenkontrollamt hätte sich im Jahre 1918 auf Grundlage der Gewinne des ersten Halbjahres auf 20 Mill. £ belaufen. Im Juni 1918 aber wurde der Preis um 2 s 6 d erhöht, um den Verlust der mit Defizit arbeitenden Kohlenwerke zu vermindern. Dies bedeutete indessen einen Mehrgewinn nur für die mit Profit arbeitenden großen Werke, während es den Verlust der kleinen nicht annähernd ausglich. Einige von diesen arbeiteten mit mehr als 6 s Verlust je t, während von den großen Werken ebenso viel je t verdient wurde. Das hätte schon an sich einen Grund für die Vereinheitlichung der Verwaltung gegeben. Aber es kam noch mehr hinzu. Einzelne Werke wiesen in jeder Beziehung schlechte Anlagen, unwirtschaftliche Maschinen usw. auf und waren nicht in der Lage, bessere einzurichten, weil es ihnen an Geld fehlte. Bei ihnen waren auch die Arbeiterfürsorge-Einrichtungen im Argen. Andere Werke hatten alles modern eingerichtet. Die von der Regierung ernannten Vertreter für die Arbeiterpartei, Sidney Webb und Sir Leo Chiozza Money rechtfertigten hieraus die Forderung der Verstaatlichung, und auch der Zwischenbericht der Kommission stellt sich auf einen ähnlichen Standpunkt. Es würde zu weit führen, wollten wir im einzelnen alles wiedergeben, was in jenen Konferenzen zur Sprache gekommen ist, die Einwirkungen des Tonnagemangels auf den Bergbau, die Mängel in der Bahnverbindung der Zechen mit der Industrie, die Lage der Arbeiterwohnungen, die technischen, wirtschaftlichen und hygienischen Probleme aller Art. Wir müssen uns damit begnügen, die Schlussergebnisse zusammenzufassen und zu erläutern. Der Bericht zerfällt in drei Teile: den der unparteiischen Mitglieder der Kommissionen, den der Unternehmer und den der Arbeitervertreter.

Die Arbeitervertreter halten unverändert die alten Forderungen aufrecht. Ihr Bericht begründet die Forderung nach einer Lohnerhöhung um 30 % damit, daß diese den Arbeitern auf Grund der Tarifverträge angesichts der hohen Verdienste der Kohlenbergwerke zustünde. Daß diese Gewinne nicht in die Taschen der Zechenbesitzer, sondern des Schatzamts fließen, wird übersehen.

Die Arbeitgeber zeigen ein Entgegenkommen; sie offerieren eine Lohnerhöhung um 1 s 6 d und den Siebenstundentag (unter entsprechender Umänderung der Eight Hours Act; das bedeutet dann praktisch eine volle Arbeitszeit von 7 Stunden 39 Minuten). Über den Wert der Verstaatlichung fällen die Arbeitgebervertreter kein Urteil, da noch nicht genügend Material an den Tag gefördert worden sei.

In gleichem Sinne führt der Bericht der unparteiischen Mitglieder der Kommission aus: Es sei nicht möglich, ein Urteil für oder gegen die Verstaatlichung auszusprechen. Es sei kein definitiver Vorschlag in diesem Sinne der Kommission unterbreitet worden. Die Zeugen- und Sachverständigen-Aussagen über die Frage seien noch nicht abgeschlossen. Die Zeit sei zum Fälligen eines Urteils völlig unzureichend gewesen,

und es habe garnicht im Bereich der Aufgaben der Kommission gelegen, schon in diesem Zwischenbericht die Frage der Verstaatlichung anzuschneiden. Aber eines müsse gesagt werden: das vorgelegte Material genüge, um den Stab über die gegenwärtigen Eigentumsverhältnisse an den Bergwerken zu brechen (they stand condemned.) Ein anderes System müsse an die Stelle der gegenwärtigen Besitzverhältnisse treten, sei es die Verstaatlichung oder die Vertrustung unter Zusicherung von weitreichendem Einfluß von seiten des Staates. Aber wie dem auch sei, die Kohlenarbeiter würden eine einflußreiche Stimme in der Verwaltung der Betriebe behalten müssen. Das liege im Interesse des Landes.²⁾

Von den unparteiischen Mitgliedern wird ferner eine Erhöhung der Löhne um 2 s täglich und eine Verkürzung der Arbeitszeit empfohlen: letztere zunächst um eine Stunde vom 16. Juli 1919 ab. Vom 13. Juli 1921 sollte der Siebendurch den Sechsstundentag ersetzt werden, vorausgesetzt aber, daß die Lage des Bergbaues es dann ertragen könne. Die Verkürzung der Arbeitszeit und die Erhöhung der Löhne macht unter Zugrundelegung der gegenwärtigen Verhältnisse für das kommende Jahr schätzungsweise Kosten im Betrage von 43 Mill. £. Bei einer Produktion von 250 Mill. t würde der Gewinn der Zechen sich auf 54 Mill. £ belaufen. Von diesen sollen jedoch die Kohlenbesitzer nur 1 s 2 d je t erhalten oder rund 15 Mill. £. Von den restlichen 39 Mill. £ müssen 9 Mill. abgezogen werden, um den Kohlenpreis für Neutrale herabzusetzen, da nur so die Ausfuhr nach fremden Märkten sich aufrecht erhalten läßt. (Man erinnere sich hierbei, daß man in England den Verkauf von Waren unter den einheimischen Marktsätzen Dumping nennt und daß die interallierte Wirtschaftskonferenz gegen dieses Dumping aufs schärfste Protest eingelegt hat; hier haben wir ein Beispiel, daß die englische Regierung, die diesen Bericht angenommen hat, sich selbst zum Dumping bekehrt sieht.) Somit verbleiben 30 Mill. £, die dem Schatzamt zugeflossen wären. Auf diese verzichtet das Schatzamt zugunsten der Arbeiter und zu Lasten der Steuerzahler. Die fehlenden 13 Mill. £ sollen durch Anbringung von Verbesserungen und arbeitsparenden Methoden sowie durch regelmäßigere Arbeit (reducement of absenteeism) ausgeglichen werden. Wie dies am besten bewerkstelligt werden kann, behält sich die Kommission für weitere Zwischenberichte vor, ebenso die Fragen der Verbesserungen der Maschinen, gemeinsamer Benutzung der Wagen, Ausmerzung unnötiger Verteilungskosten, Verstaatlichung, Wohnungs- und Badeeinrichtung usw. Für die Wohnungsverhältnisse insbesondere wird schon in diesem Bericht der Vorschlag gemacht, einen Penny je t = im ganzen 1 Mill. £ zu verwenden, denn ihr Zustand läßt sich teilweise mit parlamentarischen Ausdrücken nicht charakterisieren. (§ 21. no judicial language is sufficiently severe to apply to their condemnation.)

Das Parlament und die Regierung haben sich mit den Vorschlägen der Sankey-Kommission einverstanden erklärt und dies Einverständnis hat auch die Zechenbesitzer zum Nachgeben veranlaßt. Stehen sie sich doch nach den neuen Vorschlägen noch wesentlich besser als im Durchschnitt der Jahre

1909—1913. Indessen beharrten vorläufig die Arbeiter auf ihrer alten Stellungnahme; sie trafen zwar nicht sofort in den Streik ein, aber es bedurfte noch langwieriger Verhandlungen, in deren Verlauf die Regierung das Zugeständnis machte, daß sie sich für die weiteren Vorschläge der Sankey-Kommission dem Buchstaben wie dem Inhalt nach einsetzen würde. Robert Smillie konnte nicht umhin, wenn gleich widerwillig, sich befriedigt zu erklären; er hat das Übereinkommen mit der Regierung der Delegiertenversammlung der Kohlenarbeiter-Gewerkschaften zur Annahme empfohlen. Die Annahme ist am 26. März mit kleiner Mehrheit nach vielstündiger Verhandlung zustande gekommen. Charakteristisch aber für die Stimmung der Delegierten war, daß sie gleichzeitig eine Resolution mit großer Mehrheit und lautem Beifall annahmen, in der die Zurückziehung des englischen Wehrgesetzes und die Aufgabe der Unternehmungen gegen Rußland von der englischen Regierung verlangt und für den Weigerungsfall energische Maßregeln mit den Mitteln der Organisation (scil. Streik) angedroht werden. Die beiden anderen Verbände haben sich ebenfalls in ihren Delegiertenversammlungen für die Annahme ausgesprochen und man muß demnach erwarten, daß die Generalabstimmung unter den Arbeitern am 9. und 10. April sich gegen den Streik erklären wird. Die loyale Abfassung des Fragebogens, die Befürwortung der Annahme des Regierungsvorschlages durch die Arbeiterdelegierten sowie der Umstand, daß der Streik eine $\frac{2}{3}$ Majorität erfordert, lassen an dieser Auffassung keinen Zweifel. So erscheint die Gefahr des Generalstreiks behoben, mit einzelnen Ausbrüchen hat man dagegen noch zu rechnen.

Aber wenngleich die englische Regierung die Klippe des Generalstreiks umschiff hat, so hat sie es doch nur auf Kosten einer außerordentlichen Erhöhung der Kohlenpreise und damit auf Kosten einer gewaltigen Belastung von Handel, Industrie und Schifffahrt vermocht. Die Bedeutung der Kohlentransporte nach Rohstoffländern für niedrige Fracht bei der Rückfahrt von Lebensmittelladungen haben wir schon in Nr. 10 besprochen. Wie groß die Gefahr des Verlustes dieses Handels ist, geht aus der Statistik des Kohlenexports hervor, den das Handelsamt im Board of Trade Journal vom 13. März 1919 veröffentlicht. Es würde zu weit führen, die in ihm gemachten hochinteressanten Ausführungen im einzelnen wiederzugeben; wir müssen uns darauf beschränken, die wichtigsten Zahlenreihen herauszunehmen. Nachstehende Tabelle zeigt den Rückgang der Produktion, der Ausfuhr und des Heimatkonsums; dabei ist zu beachten, daß die Verminderung an Bunkers darauf zurückzuführen ist, daß der größte Teil der Handelsflotte vom Staat übernommen wurde und somit in der Statistik der letzten Jahre unter der Rubrik „Eigener Verbrauch des Mutterlandes“ erscheint, unter die auch der Verbrauch des Militärs und der Marine fällt.

Verwendung der englischen Kohle in Mill. t und in % der gleichen Verwendung im Jahre 1913:

	Produktion		Ausfuhr		Bunker		Eigener Verbrauch des Mutterlandes	
	t	%	t	%	t	%	t	%
1913...	287	100	73	100	21	100	193	100
1914...	266	92	59	80,04	19	88,1	188	97,5
1915...	253	88,1	44	59,3	14	64,8	196	101,6
1916...	256	89,2	38	52,2	13	61,8	205	106,2
1917...	248	86,5	35	47,7	10	48,6	203	105,3
1918...	228	79,3	32	43,3	9	41,6	187	97,1

Würde aber auch diese Tabelle die Hoffnung noch nicht ausscheiden lassen, daß nach Wiederherstellung normaler Ver-

²⁾ § 15. We are prepared, however, to report now, that it is in the interest of the country that the colliery worker shall in the future have an effective voice in the direction of the mine. For a generation the colliery worker has been educated socially and technically. The result is a great national asset. Why not use it?

§ 17. We think that the result of the colliery workers having an effective voice in the direction of the mines coupled with the better terms just referred to will enable them to reach a higher standard of living to which, in our view, they are entitled, and which many of them do not now enjoy.

hältnisse der Außenhandel wieder zunimmt, so zeigt eine weitere Tabelle den Anteil der Vereinigten Staaten an der Kohlenversorgung Südamerikas und läßt deutlich erkennen, wie die nordamerikanische Union die englischen Märkte an sich reißt.

So betrug die Ausfuhr in 1000 t nach den Süd-am. Staaten:

	1913	1914	1915	1916	1917
England (im Kalenderjahr)....	6911	5004	2199	1130	762
Ver. Staat. (i Jahre endenda. 30.6.)	444	580	1299	1850	1989

Andere früher von England abhängige Märkte, so Süd-afrika, haben sich selbständig gemacht und es erscheint fraglich, ob es England gelingen wird, seine teureren, wenn auch bessere Ware, dort wieder abzusetzen. Indien gar ist in Ceylon an Englands Stelle getreten und kämpft um die Vorherrschaft am Mittelmeer.

Schon heute passieren amerikanische Kohlen den Rhein, um die Schweiz zu beliefern. Schon heute erklärt Bonar Law im Unterhaus: Es werden japanische Matten auf englischen Märkten zu Preisen angeboten, die niedriger sind, als die der Baumwolle, die der englische Industrielle für ihre Herstellung anlegen muß. Schon heute ertönt in England der Ruf nach dem Schutz der heimischen Arbeit lauter und lauter. Glaubt man jenseits des Kanals wirklich, daß es möglich sein wird, wenn man den heimischen Markt schützt, den Außenhandel aufrecht zu erhalten, oder hofft man zu dem viel geschmähten Dumping übergehen zu können? Ist dann aber nicht zu befürchten, daß alle Länder das kanadisch-amerikanisch-australische Beispiel nachahmen werden und eine scharfe Gesetzgebung gegen das Dumping machen, wie sie ja auch England selbst auf der Pariser Wirtschaftskonferenz verfochten hat?

Dr. Th. Plaut

Frankreich

Arbeitslosigkeit und Arbeiterbewegung — Transport- und Kohlen-schwierigkeiten — Wiederaufbau der Industrie — Wiederaufnahme des Handels — Wirtschaftskrieg — Finanzbedarf und Forderung einer interalliierten Finanzliga — Sturz der Wechselkurse

Zur Arbeitslosenfrage hat am 28. 2. der Minister für Arbeit und soziale Fürsorge folgende Angaben gemacht: Zur Unterbringung der aus den Kriegsbetrieben entlassenen Arbeiter wurden 192 Arbeitsämter eingerichtet, die 350 000 Arbeitern Stellen nachgewiesen haben, davon 32 000 in der Landwirtschaft. Ferner sind 47 000 Kriegsbeschädigte in verschiedenen Berufen untergebracht. Seit dem 1. Januar werden wöchentlich 12 000 Arbeiter aus landwirtschaftlichen und industriellen Betrieben oder Angestellte einer Beschäftigung zugeführt. Zweifellos ist die Arbeitslosigkeit damit noch nicht behoben, aber sie besteht mehr für weibliche als für männliche Arbeitskräfte, da 550 000 Frauen aus den Kriegsbetrieben entlassen sind, von denen erst 10 000 wöchentlich untergebracht werden können.

Die Arbeiterbewegung äußert sich zwar weniger in Streiks, erhebt aber darum nicht weniger energisch ihre Ansprüche. So haben am 18. März die Syndikate der Bahnangestellten der Regierung in Paris ihre Forderungen vorgetragen, die einen Mindestanfangslohn, Achtstundentag, freien Sonnabendnachmittag und Gleichstellung mit den Staatsarbeitern umfassen. Im Falle der Ablehnung dieser Forderungen haben die Transport- und Bergarbeiter ihre Hilfe zugesagt, um den Generalstreik herbeizuführen.

Die Erschütterungen, die das französische Wirtschaftsleben seit Beginn des Waffenstillstandes heimsuchen, haben trotz aller Gegenbemühungen noch kein Ende gefunden. Die Transportkrise ist noch nicht überwunden, obgleich der Staat die Bahngesellschaften zur Vergebung von Aufträgen ermuntert, indem er eine Beteiligung an den Selbstkostenpreisen mit 40 % zusichert. Die Gesellschaften haben den Fabriken bisher folgende Aufträge erteilt:

	Lokomotiven	Tender	Wagen
Staatsbahn.....	320	250	9 781
Paris-Lyon-Mittelmeer.....	220	200	8 685
Paris West.....	220	150	6 399
Südbahn.....	40	40	3 060
Nordbahn.....	50	50	2 400
Paris-Ost.....	—	—	2 700
zusammen....	830	690	33 025

Ein Sonderausschuß des „Conseil supérieur des travaux publics“ bearbeitet die Frage der Elektrifizierung einzelner Strecken.

In der Kohlenkrise ist eine leichte Besserung zu verzeichnen. Der Minister für den industriellen Wiederaufbau Loucheur hat mit der belgischen Regierung einen Lieferungsvertrag über monatlich 350 000 t belgische Kohle für die Gebiete Lille-Roubaix-Tourcoing und Mézières abgeschlossen, während der Bezirk von Paris und Lyon mit 150 000 t aus Lothringen beliefert wird.

Eine Abordnung englischer Industrieller hat sich nach Frankreich begeben zum Studium der Mittel, mit denen England sich am Wiederaufbau der französischen Industrie beteiligen kann. Über die Lage dieser Industrie gibt die Nummer 21 der „Information“ folgende Angaben des „Echo des Mines“ wieder: Ein Drittel der Hochöfen im Gebiet Meurthe und Mosel kann binnen 3–6 Monaten wieder in Betrieb gesetzt werden, wenn es gelingt, die fortgeführten Röhren, Hähne und Verbindungsstücke zu ersetzen; ein zweites Drittel kann erst nach Ersatz der zum großen Teil entnommenen Gebläsemaschinen wieder in Gang gebracht werden, und das letzte Drittel und zwar ein gutes Drittel ist völlig zerstört. Die Stahl- und Walzwerke sind sämtlich zerstört oder ausgeraubt mit 2 Ausnahmen: die „Usine de la Chiers“ in Longwy hat einen Teil ihres Thomas-Stahlwerkes, und das Werk Senelle-Maubeuge, ebenfalls in Longwy, das „Blockwalzwerk“ erhalten können.

Um das allgemeine Niederliegen des Geschäftslebens infolge der Behinderung des freien Handels zu beheben, läßt die Regierung Einschränkung auf Einschränkung fallen. So sind beispielsweise Fabrikation und Verkauf von Backwaren, frischer und kondensierter Milch, von Butter, Käse und anderen Milchprodukten sowie die Verwendung von Butter und Eiern für die Biskuitfabrikation freigegeben.

Der Außenhandel zeigt gleichfalls eine aufstrebende Tendenz. Allmählich kommt die Ausfuhr wieder in Gang. Mit der Türkei, Bulgarien und Finnland sind die Handelsbeziehungen wieder aufgenommen; der Export nach Finnland ist noch an die Beibringung von „Garantiezertifikaten“ vom Interalliierten Ausschuss gebunden. Ebenso ist der Verkehr mit Luxemburg und dem linken Rheinufer freigegeben. Der Verkehr unterliegt der Genehmigung durch den interalliierten Wirtschaftsrat in Luxemburg, jedoch sind alle Waren zulässig, die ohne Ein-

schränkung in neutrale Nachbarländer Deutschlands eingeführt werden dürfen. Weiter sind die Einschränkungen im Verkehr mit Serbien, Rumänien und der Tschecho-Slowakei gefallen unter der Bedingung, daß alle Waren ausschließlich für den Verbrauch in den genannten Staaten bestimmt sind, während die Wiederausfuhr in die feindlichen Länder gerichtlich verfolgt wird. Große Anstrengungen werden zur Aufrechterhaltung und Entwicklung der Handelsbeziehungen mit England gemacht. So haben sich nach dem „Sémaphore de Marseille“ 80 Firmen dieser Stadt zur Gründung einer englischen Handelskammer in Marseille zusammengetan, und das französische Handelsamt in England bereitet eine Ausstellung französischer Erzeugnisse in London vor.

Die vierte Messe in Lyon ist unter amtlicher Beteiligung eröffnet. Um ihre Entwicklung und Bedeutung zu kennzeichnen, genügt die Tatsache, daß sie zur Zeit mehr als 4700 Teilnehmer und mehr als 3000 Stände aufweist, gegen 3182 Teilnehmer und nur 232 Stände in 1918.

Die Wiedereröffnung der Börse in Lille ist von großer Bedeutung für Kohlen-, Schwerindustrie- und Petroleum-Werte infolge der Lage Lilles im Kohlen- und Industriebezirk.

Nach der anderen Seite setzt Frankreich seinen Wirtschaftskrieg gegen alles, was von Deutschland kommt oder kommen kann, fort, genau so wie die französische Regierung jetzt den Krieg bis zum äußersten gegen Rußland verlangt, entgegen den Vorschlägen ihrer eigenen Bundesgenossen, genau so, wie sie eine maßlose Propaganda treibt für ein französisches Protektorat in Syrien, für Annexion des Saargebietes und der deutschen Kolonien, für Vergrößerung Polens und für die Gründung einer Rheinprovinz, die nur dem Namen nach deutsch bleiben soll. Die Anstrengungen der französischen Wirtschaft gehen dahin, alle früher ausschließlich oder hauptsächlich von Deutschland gekauften Waren selbst herzustellen, so chemische Produkte, Farben, Spielzeug, Samt und Plüsch, Feuersteine, Büroartikel und „Schwedische“ Handschuhe. Man will hierin nicht nur von Deutschland unabhängig werden, sondern auch als sein Wettbewerber auf dem Weltmarkt auftreten. Im selben Gedankengang hat die Kammer ein Gesetz über die Staatsangehörigkeit der Aktionäre und Verwaltungsratsmitglieder von Gesellschaften und der

Leiter von Verbänden angenommen, wonach die Nationalität oder der Zeitpunkt einer etwaigen Naturalisation im Staatsanzeiger bekanntzugeben ist. Dem Senat ist ferner ein Gesetzentwurf über die Liquidierung des beschlagnahmten feindlichen Eigentums zugegangen; der Erlös soll gerichtlich hinterlegt werden als Pfand für die französischen Ansprüche.

Der Finanzminister bereitet ein Gesetz über eine Ausnahmebesteuerung der Kriegsgewinne, auch der landwirtschaftlichen, vor. Das Projekt umfaßt das Zuwachseinkommen gegen den Durchschnitt der Jahre 1912/13 und der ersten Hälfte 1914. Gewinne unter 5000 fr bleiben frei; Gewinne von 5000–20 000 fr werden von einer Steuer von 20 % betroffen, die für größere Gewinne um 1 % für je 10 000 fr steigt bis auf 80 % für Gewinne über 600 000 fr. Von den Ergebnissen erhalten die Provinzen die Hälfte und die Gemeinden drei Achtel.

Die „Financial News“, London, melden, daß der Berichtserstatte der Budgetkommission Peret in der Kammer erklärt hat, daß die Gesamtkriegsausgaben bis zum 31. März im Voranschlag sich auf 181 Milliarden fr belaufen gegen 151 Milliarden Einnahmen (einschl. Anleihen). Unter Einrechnung der Erlöse aus Verkäufen von Kriegsmaterial würde das Defizit ungefähr 20 Milliarden betragen, das Jahresbudget also von 5 auf 18 Milliarden anschwellen. Wegen der Schwierigkeiten der inneren Lage wäre es nötig, auf eine finanzielle Liga der alliierten Nationen zurückzugreifen. Der Berichtserstatte fügte hinzu, daß diese Liga nicht nur für Frankreich, sondern für alle Nationen eine gebieterische Notwendigkeit wäre, denn keine von ihnen könnte aus eigener Kraft ihrer finanziellen Schwierigkeiten Herr werden.

Wie die Alliierten diesen französischen Vorschlag angenommen haben, hat Herr Peret uns nicht verraten, aber aus dem Fallen der französischen Wechselkurse können wir uns ein Bild machen über die Gereiztheit Englands und Amerikas, weiter für französische Interessen einzuspringen. Das £ stieg in Paris von 27.02 am 22. 3. auf 27.85 am 1. 4. und der Dollar in gleichem Zeitraum von 577 auf 605. Diese Wechselkurse sprechen eine aufrichtiger Sprache als die Meldungen der Boulevardpresse, die zurzeit mit einem Mindestmaß von Zuverlässigkeit auszukommen sucht.

P. M.

Chile

Salpeterindustrie — Wechselkurs und Banken — Bahnen — Teuerung — Außenpolitik

Die wenig erfreuliche Gegenwart und die unsichere Zukunft der Salpeterindustrie bildeten anlässlich der Budgetberatung in der Deputiertenkammer im Dezember vorigen Jahres den Gegenstand einer eingehenden Debatte, in der recht widerspruchsvolle Anschauungen zu Tage traten.

Zuversichtlich äußerte sich der Finanzminister Don Solar über die künftige Entwicklung der Industrie. Der augenblickliche Notstand, der zur Schließung zahlreicher Oficinas geführt hat, ist — nach seinen Ausführungen — auf die Größe der Vorräte im Besitz der alliierten Regierungen und den Mangel an Schiffsraum zurückzuführen. Demgegenüber steht jedoch der erhöhte Bedarf der ausgehungerten Böden Europas und in zunehmendem Maße der Vereinigten Staaten von Nordamerika, so daß die Regierung sich für berechtigt hält, für 1919 mit einer Ausfuhr von 52 Mill. quintales (zu je 46 kg) zu rechnen, zumals bereits Lieferungsverhandlungen mit Holland und Spanien im Gange seien und eine Wiederbelebung der

Schifffahrt in kurzem zu erwarten stehe. Zudem ist der Vorrat im Lande selbst, der sich Ende 1913 auf 35.2 Mill. quint. belief, 1917 auf 19.2 Mill. und Ende 1918 weiter auf 12 Mill. quint. zurückgegangen. Eine weitere Förderung wird vom Ausbau der Propagandaorganisation in Nordamerika durch Anlage von landwirtschaftlichen Versuchsstationen erwartet; der Leiter dieses Werbedienstes berechnet den Bedarf der Union trotz der in Angriff genommenen Herstellung künstlichen Salpeters auf 3 Mill. t jährlich. Ebenso lauten die Berichte des Berliner Gesandten, Don Cruclaga, nicht ungünstig. Um jedoch auf den kommenden Konkurrenzkampf gerüstet zu sein, stellte der Minister die baldige Einbringung eines Gesetzes in Aussicht, das an Stelle des bisherigen Ausfuhrzolles eine Produktionssteuer setzt, die die verschiedenen Gestehungskosten je nach Ergiebigkeit der Calichelager berücksichtigt. Ferner ist ein Entwurf in Arbeit betr. Gründung einer Produzentenvereinigung mit staatlicher

Beteiligung. Die Satzungen dieses Kartells sind im Einvernehmen mit der Regierung aufzustellen, die im zwölfköpfigen Verwaltungsrat durch vier von ihr ernannte Mitglieder vertreten sein wird. Die Aufgaben der Vereinigung sind Gründung von Laboratorien zur Ausarbeitung billigerer Produktionsmethoden, Zentralisierung des Verkaufs, Anlage von Vorräten auf den Hauptmärkten und Kontrolle der Preise, Verteilung der Exportquoten auf die angeschlossenen Produzenten, Organisation der Propaganda und endlich Frachtabschlüsse und Versicherung.

Gegenüber der offiziellen Zuversicht erwarten die Salpeterinteressenten so bald keine Besserung der traurigen Lage. Eine Belebung der Schifffahrt vor Mitte 1919 wäre nicht zu erwarten. Vor allem ist die Beurteilung der großen Vorräte der alliierten Regierungen pessimistisch, die, auf 20, ja 40 Mill. quint. geschätzt, auch gesteigerten europäischen Bedarf für ein halbes Jahr reichlich decken.¹⁾ Die unzureichenden Leistungen der Bahnen, die durch langsame Anlieferung tagelange Verzögerungen der ladenden Dampfer verursacht haben, führten ebenfalls zu Klagen in der Kammer, denen die Regierung inzwischen durch Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung des Betriebes der „Nitrate Railway Co.“ gerecht zu werden gesucht hat.

Die Ausfuhrschätzung von 52 Mill. quint. für 1919 bedeutet jedenfalls einen erheblichen Rückgang gegen 1918, das mit einer Ausfuhr von 65,6 Mill. quint. ein Rekordjahr darstellt.

Auf Grund der großen Salpeterexporte konnte das Land in den ersten neun Monaten des Jahres 1918 sich der Fortdauer einer glänzenden Kriegskonjunktur erfreuen, in der mit Kriegsende ein jäher Umschlag eingetreten ist, der in der Kursentwicklung des Pesos seinen prägnanten Ausdruck findet. Die Notierung des Pesos in der Kriegszeit zeigt folgendes Bild²⁾ (90 T/S Valparaiso in London):

	1913	1914	1915	1916	1917	31.6.18	31.10.18	31.12.18
91 ¹¹ / ₁₆ d	87 ⁷ / ₈ d	83 ¹⁶ / ₁₆ d	93 ⁸ / ₈ d	13 d	17 ¹ / ₃₂ d	12 d	92 ³ / ₃₂ d	

Im laufenden Jahre ist ein weiterer Rückgang eingetreten: am 4. März notierte der Peso mit 82⁹/₃₂ d, am 18. mit 91¹/₂ d. Das Fehlen der Konversionskasse, deren Gründung bei Kriegsausbruch der Verwirklichung nahe war, wird durch das Anwachsen des Goldbesitzes der chilenischen Regierung in London, New York und in Chile auf 110 Mill. \$ nicht ausgeglichen. Immerhin blicken die einheimischen Banken auf ein erfolgreiches Jahr zurück. Ihre Gewinne gehen aus folgender Tabelle hervor:

Name	Kapital in Mill. Pesos		Reserve in Mill. Pesos	Dividende	
	nomi-nell	eingezahlt		I. Halbjahr 18	II. Halbjahr 18
Bco. de Chile	120	60	34	8 %	9 %
Bco. National	40	20	?	6 %	6 %
Bco. Hipotecario de Chile...	10	8	2,4	10 %	10 %
Bco. de E. A. Edwards y Cia..	25	10	2,15	?	4 %
Bco. de la Industria y de Comercio, Santiago ³⁾ ...	5	2	—	—	5 %
Bco. de Concepcion		4		8 %	8 %
Bco. Santiago		8		7 %	7 %
Bco. de Talca		5		8 %	7 %

Am 9. Dezember 1918 wurde im Beisein des amerikanischen Gesandten die Niederlassung der National City Bank of New York in Santiago eröffnet, womit diese Bank die Zahl ihrer Niederlassungen in Südamerika auf 14 erhöhte. Der nord-amerikanische Handel mit Chile ist während des Krieges schnell angewachsen; die Einfuhr aus Chile betrug 1918 33,4 Mill. £ gegen 6 Mill. in 1913, die Ausfuhr nach Chile

13 Mill. £ in 1918 gegen 3,4 Mill. in 1913. Während der Handel mit der Union im chilenischen Gesamthandel 1913 nur 17,4 % ausmachte, belief er sich 1918 fast auf die Hälfte des ganzen chilenischen Handels.

Die Depression, die das chilenische Wirtschaftsleben seit Ende vorigen Jahres beherrscht, verschärft noch die seit längerem andauernde Verteuerung der Rohstoffe und der Lebenshaltung. Die hohen Einstandspreise der Kohle und die Steigerung der Löhne lassen bei den staatlichen Bahnen ein Defizit erwarten, das für 1919 auf 40 Mill. \$ veranschlagt wird. Zum Ausgleich ist eine Tarifierhöhung um 25 % Gesetz geworden, während eine Anleihe von 30 Mill. Pesos den dringenden Geldbedarf decken soll. Eine Verbesserung der Kohlenversorgung wird von der Vollendung der Lebu Los Sauces Bahn erwartet, die von der „Chilean Eastern Central Railway Co.“ begonnen, aber nicht fertig geführt und jetzt von der Regierung für 250 000 £, zahlbar in 5 %igen inneren Bonds, erworben ist.

Die ungünstige Lage der Bahnangestellten wird gekennzeichnet durch die Tatsache, daß sie 79 % ihres Einkommens allein für Lebensmittel ausgeben müssen. Die Teuerung, die zu Arbeiterdemonstrationen in den größeren Städten geführt hat, wird von den Arbeiter-Unionen der übermäßigen Ausfuhr und der Spekulation zugeschrieben, obgleich sicher die Verringerung der Weltproduktion und die Kursentwicklung nicht ohne Einfluß darauf sind. Eine Aufstellung der „Sociedad agronómica“ berechnet folgende Spekulationsgewinne:

Einkaufspreis für Weizen ... 100 kg	19 Pesos	Verkaufspreis	31 Pesos
„ „ Kartoffeln. 100 „	8 „	„	18 „
„ „ Bohnen ... 100 „	24 „	„	42 „
„ „ Milch 1 l	10 cent	„	22 cent.

Um einer weiteren Steigerung der Preise entgegenzuwirken, ist die Errichtung einer „Junta Nacional de Subsistencias“ geplant, die unter dem Ministerium des Inneren stehend, mit weitgehenden Vollmachten, z. B. zur Enteignung von für die Ausfuhr bestimmten Lebensmitteln und zur Verhinderung der Spekulation ausgestattet werden soll. Als vorläufige Maßnahme sind vom Kongreß 2 Mill. Pesos bewilligt zur Verbilligung der Preise. Ferner ist der Einfuhrzoll auf argentinisches Vieh für die Dauer von drei Jahren aufgehoben, und die Aufhebung des Zuckereinfuhrzolles ist beabsichtigt. Als weitere soziale Maßnahme ist ein der Deputiertenkammer zugegangenes Gesetz zu erwähnen, das den Verkauf von alkoholischen Getränken in offenen Gefäßen und den Ausschank in öffentlichen Lokalen verbietet.

Die Außenpolitik Chiles arbeitet unverändert auf eine würdige Lösung des Streites um die von Peru beanspruchten Salpeterprovinzen hin. Die freundschaftlichen Beziehungen zu Argentinien, die anlässlich des erfolgreichen ersten Fluges über die Anden durch einen chilenischen Offizier im Dezember 1918 in herzlichen Telegrammen der beiden Staatspräsidenten von Argentinien und Chile erneuten Ausdruck fanden und durch antichilenische Kundgebungen argentinischer Sozialisten keine Trübung erfahren haben, sind der chilenischen Politik eine wertvolle Unterstützung bei ihrem Versuche, den Tacna-Arica Streit ohne fremde Einmischung zu lösen. Eine Meldung der großen Presse von Santiago, wonach die chilenische Regierung in direkten Verhandlungen mit Peru und Bolivia sich zu weitgehenden wirtschaftlichen Konzessionen betr. Bahnen, Freihäfen u. a. bereit erklärt habe, läßt trotz der ihr folgenden amtlichen Ablehnung ein ruhigeres Stadium der Verhandlungen erkennen, in das die Frage jetzt getreten ist. Im Interesse der Zusammengehörigkeit und Unabhängigkeit der latein-amerikanischen Schwesterrepubliken ist eine friedliche Lösung des jahrelangen Zwistes aus eigener Kraft ein dankbares und mühevollwertes Ziel.

Herm. Bohner

¹⁾ Das englische „Board of Agriculture“ gibt aus den Vorräten der Regierung an die Farmer Salpeter ab zu 20 £ je t und bot im Januar den Neutralen Salpeter zu 25 £ 2 s 6 d fob englische Häfen an.

²⁾ Für 1913—17 nach Angaben des bekannten chilenischen Währungspolitikers Subercaseaux.

³⁾ Eine Neugründung v. Juli 1918, die im September ihre Arbeit aufgenommen hat.

Portugiesisch-Ostafrika

Kronkolonie

Nachstehende Einzelheiten sind über die Handelsbewegung für 1917 bekanntgegeben worden:

	Gesamthandel*)	Einfuhr	Ausfuhr	Wiederausfuhr	Durchfuhr
Wert in 1000 £	13,332	2,832	2,244	2,138	6,168
Zunahme gegen 1916 in %	44	10	42	35	74

Die bedeutende Steigerung besonders bei Ausfuhr und Durchfuhr dürfte in erster Linie auf die Preiserhöhung aller Einfuhrwaren sowie den durch die europäische Marktlage bedingten erhöhten Wert der Ausfuhrerzeugnisse zurückzuführen sein.

Der Schiffsverkehr des Haupthafens Lourenco Marques zeigte 1917 eine Zunahme gegen 1916 um 8 Schiffe, blieb jedoch gegen das letzte Friedensjahr 1913 immer noch um 42 Schiffe zurück. Es wurden 238 829 t Ladung weniger gelöscht als in 1913; die Ausfuhr 1917 dagegen weist eine um 316 198 t größere Ladungsmenge als 1913 auf. Der Schiffsverkehr zeigt im einzelnen für 1917 das folgende Bild:

Nationalität	Anzahl	Ankunft		Ausgang	
		Ladung t	Passagiere	Ladung t	Passagiere
Portugiesisch	204	37 977	43 522	49 996	45 188
Englisch	419	113 690	2 432	506 248	1 510
Japanisch	35	2 167	182	33 980	84
Schwedisch	23	13 118	2	54 540	—
Norwegisch	20	6 997	8	15 365	—
Andere	36	11 310	10	98 798	3
zusammen	737	185 259	46 156	758 927	46 785
gegen 1916	729	213 966	47 739	640 995	44 572
„ 1913	779	424 088	45 009	442 729	56 744

Die Steigerung der Ausfuhr erklärt sich durch die bedeutenden Mengen Bunkerkohle, welche in Lourenco Marques von den Dampfern eingenommen wurden, die während des Krieges gezwungen waren, ihre Reisen um das Kap und nicht mehr durch das Mittelmeer und den Suezkanal zu machen. Die steigende Bedeutung von Lourenco Marques als Kohlenhafen geht aus folgenden Zahlen hervor. Es kamen aus dem Transvaal (1000 tons):

1910	1911	1912	1913	1914	1915	1916	1917	1918(10 Monate)
174	134	388	693	605	525	815	924	636

Mit Ausnahme von ungefähr 30 000 tons jährlich fand die gesamte Menge als Ausfuhr- und Bunkerkohle Verwendung. Hauptaufnahmegebiete der Kohle waren die afrikanische Ostküste, der Persische Golf, Ceylon und die Westküste Indiens.

Da mit einem weiteren Aufschwung des Kohlenhandels gerechnet wird, ist die Aufstellung einer zweiten Ladeanlage (Mc Myler System) ins Auge gefaßt.

Der wachsende Verkehr hat die Vergrößerung und Erweiterung des Hafens nötig gemacht. 1917 wurde der Bau einer Hafenmauer von 203 m Länge in Ausschreibung vergeben, ferner die Ausbaggerung von 35 984 cbm vor dieser Mauer und die Aufschüttung von 69 722 cbm zwischen der Kapitanía und der neuen Hafenmauer. Um weiteres Gelände für Kais und Lagerhäuser zu gewinnen, wird der Seewall von der Stadt aus über Reuben Point Polana ausgebaut und das hierdurch gewonnene Land aufgehöhht. Aus Mangel an Zement konnte der Bau in 1918 nur langsam gefördert werden; das Projekt dürfte im Laufe des Jahres 1920 ausgeführt sein. Ein neues modernes Hotel wird durch das Delagoa Bay Lands Syndicate unter Kostenaufwand von 80 000 £ in Polana (mit Regierungsgarantie für 6 % Zinsen auf 10 Jahre und Zollfreiheit für Materialien) erbaut und voraussichtlich im Laufe des Jahres 1919 in Betrieb genommen. An der Ostseite des Hafens

wird 1919 ein Trockendock für Schiffe bis 2000 t fertiggestellt sein (Baukosten 40 000 £). Das in Matolla projektierte Dock für Schiffe bis 10 000 t ist noch nicht in Angriff genommen. Man hofft mit dem Bau beginnen zu können, nachdem die beabsichtigte Anleihe — siehe weiter unten — unter Dach gebracht ist. Die Hafenbehörde hat mit einem Kostenaufwand von 70 000 £ eine eigene Kraftstation gebaut, um in Zukunft nicht mehr auf die Stromlieferung der Straßenbahn-Kraftstation der Delagoa-Bay Development Corporation Ltd. angewiesen zu sein. Die Anlage besteht aus 2 Bellias und Morcom high speed Maschinen, 2 Thomson-Houston 300 kw Generatoren und Babcock & Wilcox Kesseln mit Überhitzern. Der Bau der Anlage lag in den Händen von Reunert & Lenz Ltd., Johannesburg.

Über Hafenprojekte im Gebiet von Mocambique ist eine Anordnung des General-Gouverneurs vom Juni 1918 bekannt geworden, wonach in Lumbo schnellmöglichst ein Anlegepier für Seedampfer (mindestens 500 m lang) fertiggestellt werde, um das Ausladen des Eisenbahnmaterials zu beschleunigen und die Verladung der aus dem Hinterlande von Mocambique kommenden Landesprodukte zu erleichtern. In Quelimane soll jetzt im Außenhafen, nahe der Barre, mit der Konstruktion von Kais und Anlegestellen begonnen werden.

Eine Verbesserung der traurigen Hafenverhältnisse ist die unbedingt erforderliche Ergänzung der Fortschritte, die der Eisenbahnbau im vergangenen Jahr gemacht hat. Die Quelimane-Shire Bahn (Kapspur) ist bis km 35. fertiggestellt. Zurzeit ist Material vorhanden, um den Bau, der in Händen von A. F. Robinson & Co. liegt, bis 50 km fortzusetzen. Die Gesamtlänge der Bahn bis Port Herald wird 230 km betragen. Es ist beabsichtigt, die Bahn durch den Tete-Distrikt zu führen (eine genaue Trace ist noch nicht festgelegt), eine Verbindung mit der Nhamacurra Bahn bei Nicoadala herzustellen und die wichtigen Zuckerfabriken in Mopeia am Zambesi durch eine Zweiglinie zu bedienen. Die Schmalspurbahn Nhamacurra-Mocuba ist fertiggestellt bis km 60.

Im Gebiet von Mocambique waren bis Ende 1918 die ersten 50 km der Mocamba-Bucht-Chirusa See Bahn in Betrieb. Das nötige Material für weitere 50 km ist eingetroffen, so daß diese Strecke Mitte 1919 fertiggestellt sein dürfte. Die Trace der Bahn ist auf 200 km festgelegt. Die Gesamtlänge der Bahn wird ungefähr 550 km betragen bis zu dem Punkte, an dem sie auf die englische Zomba-Nyassa See Bahn treffen wird. Über den Bahnbau im Hinterlande von Lourenco Marques wird gemeldet, daß von Moamba (Linie Lourenco Marques-Komatipoort) aus die Xinavane Bahn bis an den Incomati Fluß fertiggestellt worden ist. Die Bahn soll durch das Gazaland bis an den Unteren Limpopo fortgeführt und hier mit der Chai-Chai Bahn verbunden werden. Unter Umständen ist sogar eine Fortführung bis zur Inhambane-Inkarrime Bahn geplant.

Die Regierung kaufte im letzten Jahre von der South African Railway 32 km Zweifuß-Spur-Bahn mit 2 Lokomotiven und 6 Wagen für 36 000 £. Diese Schmalspurbahn soll bei Anlagen von Straßen Verwendung finden. Zurzeit wird sie bei Aufschüttung einer Straße im Infulene-Tal benutzt. Die Fertigstellung der Straße Lourenco Marques-Goba (Kostenanschlag 25 000 £) ist im Jahre 1918 durch schwere Regen behindert worden. Es wird erwartet, daß sie nunmehr in diesem Jahre dem Verkehr übergeben werden kann.

*) Davon 82 % über Lourenco Marques.

Zur weiteren Verkehrsförderung wurden 1918 in Mocambique und Inhambane drahtlose Stationen, System Telefunken, 300 Meilen Radius, 600 m Wellen, der öffentlichen Benutzung übergeben.

*

Neue Unternehmungen. Im Jahre 1918 wurde die Anglo Portuguese Concession, Ltd. (East Africa) mit einem Kapital von 50 000 £ für den Betrieb von Handelsgeschäften, landwirtschaftlichen und bergbaulichen Unternehmungen in Portugiesisch-Ostafrika gegründet. In Lourenco Marques ist die Empresa de Cimento de Mocambique ins Leben getreten, die sich mit der Herstellung von Zement befassen will. Die vor einigen Jahren in Lourenco Marques gegründete Mocambique Oil and Soap Co., Ltd. ist mit der Südafrikanischen Bergwerkskammer zwecks Glycerin-Versorgung in Unterhandlung getreten. Es würde sich um jährliche Verarbeitung von 25 000 t Mafurra (Mafurreira), der Frucht einer in der Kolonie weitverbreiteten Pflanze aus der Klasse der Meliaceen, handeln. Um die Gesellschaft in die Lage zu setzen, den neuen Fabrikationszweig aufzunehmen, ist eine Vergrößerung ihrer Anlagen unter Kostenaufwand von ungefähr 100 000 £ nötig. Alle in Frage kommenden Maschinen können aus Südafrika bezogen werden.

Die finanzielle Lage der Kolonie war in den letzten Jahren durchweg eine gesunde. Trotz großer Ausgaben für Hafenverbesserungen, Eisenbahnen und Straßen überwog die Einnahme die laufenden Ausgaben; eine Zusammenstellung der Einnahmen der Jahre 1905/19 dürfte von Interesse sein (in Escudos):

30. 6. 1905—30. 6. 1906.....	4 434 532 \$ 61
„ 1910— „ 1911.....	5 943 864 \$ 18
„ 1913— „ 1914.....	6 413 728 \$ 57

30. 6. 1914—30. 6. 1915.....	6 582 612 \$ 24
„ 1915— „ 1916.....	7 081 513 \$ 35
„ 1916— „ 1917.....	8 249 815 \$ 81
„ 1917— „ 1918.....	8 042 626 \$ 00 ge-
„ 1918— „ 1919.....	8 743 026 \$ 00/schätzt

Die steigenden Einnahmen hat die Kolonie in erster Linie den Mocambique- und Quelimane-Distrikten zu danken, deren Erschließung nach Fertigstellung der projektierten Bahnen noch günstigere Ergebnisse zeitigen dürfte.

Die Besitzwerte der Kolonie wurden am 25. 3. 1918 folgendermaßen eingeschätzt:

Eisenbahnen (Hauptlinie, Swaziland- und Xinavane-Bahn, rollendes Material usw.).....	3 678 733 £
Häfen (Kais, Schuppen, Kräne, Kohlenladeanlage usw.)	1 352 867 „
	5 031 600 £

Hiergegen hat die Kolonie an Zinsen und Abtragungen auf Schuldverschreibungen und Garantien rund 61 845 £ jährlich zu zahlen.

Mit der bisher betriebenen Finanzpolitik, alle Neuanlagen aus den laufenden Einnahmen und Steuern zu decken, soll jetzt endgültig gebrochen werden. Es ist beabsichtigt, eine 3 000 000 £ Anleihe aufzunehmen, um in erster Linie die folgenden Projekte durchführen zu können: Lourenco Marques-Gaza Bahn, Quelimane und Mocambique Bahn, großes Dock in Matolla, Hafenarbeiten und Verbesserungen in Quelimane und Lusubo (Mocambique).

Die bisherige Politik hat den Erfolg gehabt, daß eine ganze Reihe wichtiger und wertvoller Werke geschaffen werden konnten, ohne die Schuldenlast der Kolonie zu erhöhen. Man mußte aber mit dieser Politik brechen, um nicht durch stückweise Fertigstellung der Projekte und zu hohe Steuerbelastungen den Interessen der Kolonie zu schaden.

H. Pechner

Abessinien

Das einzige Land in Afrika — denn Liberia ist nicht zu rechnen —, das seine völlige Unabhängigkeit bewahrt hat, ist Abessinien, ein Gebiet von großen Entwicklungsmöglichkeiten, in dem von den Wüstensteppen des Niederungslandes durch die Bergregionen bis hinauf zu den Hochländern mit europäischem Klima alle Zonen vertreten sind, wo fast vegetationslose Wüste wie Urwälder und Hochweiden vorkommen. Und doch ist dies Land von der Welt abgeschlossen durch die Küstengebiete, welche Frankreich und Italien gehören, und vom Nil, dessen Regionen England untertänig sind. Es ist eine Festung, in der sich eine merkwürdige Form des Christentums bewahrt hat, in die schon im fernen Altertume Völkerströme aus Arabien fremde Kulturelemente brachten, in welche der Ackerbau mit Benutzung vom Pflug eingeführt ist, und die sich dank der natürlichen Lage ihre Eigenart hat erhalten und entwickeln können, wo aber auch wieder unter dem Einfluß und der Eifersucht europäischer Nationen Unruhen gang und gebe sind. Diese haben im Kriege den jungen Herrscher Lij Yassu entthront und die Kaiserin Zaudito mit ihrem Erben Ras Taffari zur Herrschaft gebracht. Wenn auch die großen Vasallen sich hiermit äußerlich abgefunden haben, so ist doch immer noch der Geist der Unruhe im Lande. Der Ministerrat, der bei der Entthronung von Lij Yassu mitgewirkt hatte, ist nicht fest in der Hand der Herrscherin und bedrückt die Bevölkerung. Die Praetorianer-Garde, welche als ständige Armee den Palast in Adis-Abeba behütet, bildet eher eine Beunruhigung als einen Schutz des Landes. Bei den Provinzialherrschern machen sich wie früher zentrifugale Tendenzen bemerkbar. Die Möglichkeit besteht, daß eines Tages die Galla-Elemente das Joch der Schoa-Leute abwerfen werden. Die

fremden Mächte, Engländer, Franzosen und Italiener, werden versuchen, die verschiedenen Elemente zu ihrem Nutzen gegeneinander auszuspielen. Erst wenn die Armee der Regierung unbedingt gehorcht und der Ministerrat einheitlich gerichtet ist, kann eine stetige Verwaltung Platz greifen.

Wirtschaftlich ist eine bemerkenswerte Tatsache die große Wertsteigerung der Silbermünzen, auf denen das Münzsystem aufgebaut ist. Dies hängt nicht nur mit der allgemeinen Steigerung des Silberpreises in der Welt zusammen, sondern auch mit dem Verschwinden großer Mengen von Geld, die wegen der vielen Unruhen im Lande vergraben oder sonstwie thesauriert worden. Scheidemünze gibt es kaum, Stücke von Salz nehmen ihre Stelle ein. Die Hauptmünze, der Maria-Theresia-Taler, ist fast verschwunden, ebenso wie in Arabien. Menelik ließ in Paris abessinische „Talleri“ von 28,075 und 835 fein prägen nebst Teilstücken von 16 gleich einem Taler, die aber außer in Adis-Abeba kaum in Umlauf kamen. Die Spekulation kaufte bei dem hohen Preise Maria-Theresia-Taler auf (1917 197, Anfang 1918 205 Rupies gleich 100 Taler). In Djibuti war der Preis des Talers immer niedriger; angeblich sollen viele Millionen Taler zu Barren eingeschmolzen sein. Die vielfach als Scheidemünzen dienenden Salzstücke sind 10 Zoll lang und 2 Zoll dick, 6—8 Stück werden für einen Taler gerechnet. 1914 gab die Bank von Abessinien Noten zu 5, 10, 50, 100 und 500 Taler aus, die aber noch nicht gern genommen werden. Die Bank hat außer ihrer Zentrale in Adis-Abeba Filialen in Harrar, Direddaua, Goré, Dessié und Gambela. Die Bank macht auch Versicherungsgeschäfte.

Die fremden Mächte haben mit Abessinien Handels-

verträge abgeschlossen, so England 1897, Italien 1897, die Vereinigten Staaten 1903, Deutschland und Österreich 1905, England, Frankreich und Italien 1906, Frankreich 1908; der mit Deutschland eingegangene Vertrag ist 1915 abgelaufen. Da England, Frankreich und Italien das Meistbegünstigungsrecht haben, sind die Zentralmächte jetzt in schwächerer Lage und müssen suchen, bald nach dem Frieden einen neuen Vertrag zu schließen.

Vor einiger Zeit ist die Abessinian Corporation Ltd. gegründet, welche mit beträchtlichem Kapital besonders der Entwicklung des Landes dienen soll. Diese ist bisher ziemlich langsam gegangen, weil die Kaufkraft und Unternehmungslust der Einwohner nur gering ist. Bei den früheren Verkehrsverhältnissen war dies auch kaum anders möglich. Nachdem aber die französische Bahn von Djibuti im Juni 1917 Adis-Abeba erreichte, sind die besten Aussichten für die künftige Entwicklung gegeben, wenn nur das Land ruhige Zustände bekommt.

Namentlich die landwirtschaftliche Erzeugung kann sehr bedeutend gehoben werden. Jetzt ist der wichtigste Ausfuhrartikel der Kaffee, von dem die als „Harrari“ bekannte Art von kultivierten Bäumen kommt, während die andere von wilden Bäumen gewonnen wird, deren Zahl angeblich fast unbeschränkt sein soll. Die großen unberührten Wälder im Südwesten des Landes sollen große Bestände davon enthalten. Bei Harrari gibt es fast nur Kaffee-Kleinkultur der Galla. Auch von der Baumwolle erwartet man etwas: die dort bisher gewonnene ist ziemlich grob und kurzstapelig. Ein Franzose hat bei Diredaa größere Pflanzungen begonnen. Kautschuk wird im Süden und Westen des Landes gewonnen; die Kordofan Trading Co. erhielt ein Monopol dafür, welches sie der Bank of Abessinia (Imp. Ethiopian Rubber Regie) abtrat.

Die Landwirtschaft wird mit dem primitiven hölzernen Hakenpflug, einer Grabgabel und einem steinbeschwerten Grabstock betrieben. Die Einfuhr besserer Hacken wird sich lohnen; ob ein moderner Pflug am Platze ist, kann bezweifelt werden, denn in vielen Neuländern hat man die Erfahrung gemacht, daß der bisher nur aufgeritzte Boden nach dem Umwerfen durch einen Pflug ganz verdorben wurde. Bei neuen Einführungen sollte man sich tunlichst an das bestehende anschließen und dies zu verbessern suchen. Geschmolzene Butter (Ghee) wird viel ausgeführt, zum Buttern braucht man noch eine Ziegenhaut, ein Verfahren, das sich wohl verbessern ließe.

Nach dem Berichte des amerikanischen Konsuls Southard soll die in West-Abessinien angeblich gefundene Kohle von Franzosen untersucht sein, doch weiß er über die Ergebnisse nichts („The Near East“ v. 3. 1. 19). Bei der Entlegenheit des Fundortes und der Unsicherheit einer abessinischen Konzession sei der Fund aber einstweilen nicht auszubeuten. Die Kalilager in Nordost-Abessinien, die angeblich denen von Staßfurt ähnlich sein sollen, werden von einer italienischen Gesellschaft ausgebeutet, die 1911 eine Konzession erhielt. Viel soll dort aber noch nicht gearbeitet sein, Gold ist entdeckt, doch werden die Fundplätze geheim gehalten, bis eine Konzession erteilt ist.

An Industrie sind nur einige Sägereien bei Adis-Abeba, 2—3 Mühlen, Seifenfabriken und Gerbe-

reien zu erwähnen. Für die Zukunft hat die Mühlenindustrie und Seifenherstellung die besten Aussichten.

Für die Einfuhr besteht der Hauptbedarf in Baumwollgeweben und Garnen, Eisen- und Stahlbarren, Wellblech, emaillierten und anderen Eisenwaren, Getränken, Seifen, Parfümerien, Seidenwaren und Filzhüten. Von Baumwollgeweben (1916 30 Mill. yards) wurde früher fast nur amerikanische Ware gebraucht, doch ist diese im Kriege sehr stark durch japanische und indische ersetzt. Besonders soll die japanische Imitation der amerikanischen Stoffe Aussicht haben, einen dauernden Platz am Markte einzunehmen. Gebleichte Stoffe, besonders solche mit Mustern (fancy weave) und türkischrote Gewebe kommen aus England. Man muß immerhin bedenken, daß 8—10 Mill. Einwohner fast ganz durch eingeführte Gewebe bekleidet werden müssen. An emaillierten Eisenwaren werden für rund 40 000 £ jährlich eingeführt. Besonders Töpfe von 8—12 Zoll Durchmesser und 4—6 Zoll Tiefe, Teekessel, enghalsige Krüge und Becher sind gesucht, und zwar in roten, gelben und grünen Farben in Verbindung mit dem üblichen Weiß. Grüne und blaue werden mehr von den Mohammedanern gekauft. Deutschland und Österreich lieferten diese früher; besonders Österreich soll beste Ware bei günstigen Bedingungen gebracht haben. Starke und gute Einschlagmesser sind sehr gesucht; sie sollen eine Klinge von 5—6 Zoll, einen Korkenzieher und einen Aufhängerring haben. Eine einzige Firma in Adis-Abeba behauptet, daß sie von solchen Messern jährlich 100 000 Stück verkaufen könne. Auch Sturmlaternen sind gesucht. Da man nach Eröffnung der Bahn jetzt viele bessere Häuser baut, werden Schlösser, Hänge, Schrauben, Nägel und anderes sehr gesucht. Einfache billige Säe-Maschinen wurden früher aus Deutschland zu vorteilhaften Bedingungen geliefert. Die eingeführte Seife muß dem Geschmack des Landes nach sehr stark parfümiert sein; Moschus und Geranium werden dafür bevorzugt, je stärker desto besser, was auch für die Parfümerien zutrifft. Seidenstoffe und Garne, billige wollene Decken in leichten Farben, Medikamente — besonders die englischen Patentmedizinen — sind willkommen. An Filzhüten werden vielleicht 50 000 Stück im Jahre eingeführt; am beliebtesten sind graue mit hohem Kopf, mittelbreitem Rande und grüner Randeinfassung, doch nur schwarze und dunkelgrüne werden genommen.

Bei ruhiger Entwicklung kann Abessinien für viele ein Arbeitsfeld bilden, wenn auch zu bedenken ist, daß man es mit sehr scharfer Konkurrenz von Indiern, Griechen und Italienern zu tun haben wird, und daß Engländer, Franzosen und Italiener durch den Einfluß ihrer benachbarten Besitzungen sehr im Vorteil sind. Immer ist auch zu bedenken, daß das Zugangstor zum Lande, die Bahn von Djibuti aus, in der Hand der Franzosen ist. Ein Zoll wird in Djibuti nicht erhoben, nur eine statistische Gebühr, Wachs 2 fr, Kaffee 1,50 fr je 100 kg, Häute und Felle 3 fr je 1000 kg, Elfenbein 10 fr, Kautschuk 5 fr je 100 kg. Die hauptsächlichsten Entwicklungsmöglichkeiten in Abessinien liegen aber immer auf landwirtschaftlichem Gebiete, wobei es sich allerdings mehr um die Hebung der einheimischen Landwirtschaft als um Siedelung durch Fremde handeln wird.

Geld und Kapital

Intervalutarische Kurse

Reichsmark und österreichische Krone setzten ihre Abwärtsbewegung fort. Das Pfund Sterling zeigt einige Besserungen, vor allem in den skandinavischen Ländern. Die Bewegung des Franken war unregelmäßig. Der Kurs des Dollar zeigt in Zürich und Amsterdam erhebliche Einbußen.

Kurs der Reichsmark

	2. 4.	3. 4.	4. 4.	5. 4.	7. 4.	8. 4.	gegen Münzpari am 8. bzw. 7. 4.
Zürich	43,50	42,50	43,—	43,15	—	40,25	— 67,39
Amsterdam ..	21,80	21,25	21,30	—	20,50	18,90	— 68,10
Stockholm ..	33,25	32,75	32,25	33,—	33,25	31,50	— 64,56
Kopenhagen ..	36,—	35,—	34,75	36,25	35,62	36,25	— 59,98
Kristiania ..	35,—	34,50	34,—	34,—	34,23	—	— 61,49
Wien	210,50	212,75	215,15	217,40	217,40	—	+ 85,03

Kurs der österreichisch-ungarischen Krone

	2. 4.	3. 4.	4. 4.	5. 4.	7. 4.	8. 4.	gegen Münzpari am 8. bzw. 7. 4.
Zürich	17,75	17,25	18,50	19,—	—	18,50	— 82,40
Amsterdam ..	8,95	8,60	8,80	—	9,25	8,55	— 83,04
Kopenhagen ..	17,—	17,—	17,—	17,50	—	—	— 76,85
Berlin	46,95	46,45	45,95	45,45	44,95	44,95	— 47,06
	47,05	46,55	46,05	45,55	45,05	45,05	— —

Kurs des Pfund Sterling

	2. 4.	3. 4.	4. 4.	5. 4.	7. 4.	8. 4.	gegen Münzpari am 8. bzw. 7. 4.
Zürich	22,98	22,95	23,—	23,03	—	23,03	— 9,51
Amsterdam ..	11,47	11,485	11,49	—	11,55	11,55	— 4,62
Stockholm ..	17,25	17,25	17,23	17,27	17,37	17,40	— 4,18
Kopenhagen ..	18,39	18,39	18,41	18,47	18,52	18,59	+ 2,37
Kristiania ..	17,92	17,95	17,94	17,99	17,99	—	— 0,93

Kurs des französischen Franken

	2. 4.	3. 4.	4. 4.	5. 4.	7. 4.	8. 4.	gegen Münzpari am 8. bzw. 7. 4.
Zürich	82,—	82,60	83,50	83,30	—	83,40	— 16,60
Amsterdam ..	41,05	41,25	41,55	—	41,55	41,50	— 13,54
Stockholm ..	63,50	62,50	62,75	63,—	63,—	63,25	— 12,15
Kopenhagen ..	66,—	66,25	67,—	67,25	67,25	68,—	— 5,55
Kristiania ..	65,—	64,57	64,57	65,25	65,15	—	— 9,51

Kurs des Dollar

	2. 4.	3. 4.	4. 4.	5. 4.	7. 4.	8. 4.	gegen Münzpari am 8. bzw. 7. 4.
Zürich	502,—	498,—	496,—	495,—	—	492,—	— 5,02
Amsterdam ..	250,25	249,75	247,50	—	248,75	248,—	— 0,03
Stockholm ..	375,—	375,—	372,—	372,—	374,—	—	— 0,02
Kopenhagen ..	399,—	399,—	396,50	396,50	398,—	—	+ 6,65
Kristiania ..	390,—	388,—	375,—	385,—	387,—	—	+ 3,75

Londoner Notierungen überseeischer Kurse							
	27. 3.	1. 4.					
Alexandrien	97 ⁷ / ₁₆ pari	97 ⁷ / ₁₆ pari					
Bomb./Kalk.	1 s 6 d	1 s 6 ¹ / ₁₆ d	1 s 6 d	1 s 6 ¹ / ₁₆ d			
Hongkong	3 s 2 d	3 s 2 d					
Shanghai	4 s 8 d	4 s 8 d					
Singapore	2 s 3 ¹⁵ / ₁₆ d	2 s 4 ¹ / ₁₆ d	2 s 3 ¹⁵ / ₁₆ d	2 s 4 ¹ / ₁₆ d			
Yokohama	2 s 1 ⁵ / ₈ d	2 s 1 ⁷ / ₈ d	2 s 1 ³ / ₄ d	2 s 2 ¹ / ₄ d			
Montevideo T.T.	60 ¹ / ₄ d	61 ¹ / ₄ d	60 ¹ / ₄ d	61 ¹ / ₄ d			
Rio de Janeiro	13 ⁹ / ₃₂ d	13 ⁹ / ₃₂ d					
Bs. Aires T.T.	51 ¹ / ₈ d	51 ³ / ₈ d	51 ¹ / ₂ d	51 ³ / ₈ d			
Valparaiso 90 T.	9 ⁹ / ₁₆ d	10 ¹ / ₃₂ d					

Schifffahrt und Schiffbau

England

Schiffahrtsfragen im Unterhause. Auf eine Anfrage gab das Schiffahrtsamt die nachstehende vergleichende Aufstellung über verschiedene Frachtsätze nach englischen Häfen:

Artikel und Herkunft: vor Kriegsausbruch:	bis 30. 9. 18	seit 1. 12. 18
Fleisch v. Newyork (per Tonne) 20 s + 5 %	82/6	42/6
" " Neuseeland (per lb) 9 ¹ / ₁₆ —13 ¹ / ₁₆ d	2,21974 d	1,96077 d
" " Argentinien (" lb) 7 ¹ / ₁₆ —1 ¹ / ₂ d	1,6648 d	1,25786 d
Tee von Ceylon (per Maßtonne) 30/—	£ 7.16/3	£ 4.13/9

Über den Bau von Eisenbeton-Schiffen teilte das Schiffahrtsamt auf Anfrage mit, daß bis Ende März 22 Schiffe zu Wasser gelassen seien. Hiervon seien 9 fertiggestellt und 5 endgültig übernommen. Außerdem seien noch 22 Schiffe und 6 Schlepper im Bau. Die Regierung beabsichtige, keine weiteren Eisenbeton-Schiffe zu bauen, da sie dafür keine Verwendung habe, und sie verfüge nicht über ausreichende praktische Erfahrung mit dieser Schiffsart, um über ihre Zweckmäßigkeit ein sicheres Urteil fällen zu können.

Geldverfassung und Währungspolitik

In Rotterdam kamen weitere 50 Mill. *M.* deutsches Gold an, die für England zur Zahlung von Lebensmittelbezügen bestimmt sind. („Frankft. Ztg.“ Nr. 239 v. 29. 3.) Die Frage, ob wir über den mit der Entente vereinbarten Betrag von 11 Mill. £ hinaus auch weiterhin noch Gold herausgeben sollen, ist vom Kabinett bejaht worden. („Frankft. Ztg.“ Nr. 240 v. 30. 3.)

Zu dem Verbot des Verkehrs mit russischen Zahlungsmitteln hat die Reichsbank Ausnahmen insoweit zugelassen, als Rubelnoten auch durch Vermittlung der Devisenbanken der Reichsbank zugeführt oder von der Reichsbank bezogen werden können und insoweit, als die Zweigstellen der Generalkriegskasse in Berlin den Heeresangehörigen nach wie vor unter den bisherigen Voraussetzungen Rubel einwechseln. („Deutsche Allg. Ztg.“ Nr. 153 v. 30. 3.)

Die Reichsbank hat für sämtliche Reichsbanknebenstellen Poßscheckkonten aufgemacht. („Frankft. Ztg.“ Nr. 238 v. 29. 3.)

In Deutsch-Österreich ist durch Vollzugsanweisung des Staatsamts der Finanzen die gesetzliche Zahlkraft vom 26. 3. an auf die deutsch-österreichisch gestempelten Noten beschränkt worden. Niemand ist mehr verpflichtet, ungestempelte Noten in Zahlung zu nehmen, und der Schuldner kann sich durch ungestempelte Banknoten nicht mehr von seiner Verpflichtung befreien. Sonderbestimmungen gelten für die Verpflichtungen des alten Staates und Guthaben solcher Personen und Firmen, die außerhalb Deutsch-Österreichs ihren dauernden Aufenthalt haben. Im allgemeinen sind bare Auszahlungen aus diesen Konten nur in ungestempelten Banknoten, Überweisungen nur aus Konten „alter Kronenrechnung“ (A. R.-Konti) gestattet. Verfügungen dieser Art und bei Zollausländern auch die Abstattung älterer, vor dem 28. Febr. entstandener, in Deutsch-Österreich erfüllbarer Verbindlichkeiten sind in deutsch-österreichisch gestempelten Banknoten unbeschränkt zugelassen. Besondere Verfügungen betreffen die österreichisch-ungarische Bank. Diese hat die kassenmäßige Verwaltung der deutsch-österreichisch gestempelten Noten von derjenigen der übrigen Noten getrennt zu halten. Deutsch-österreichisch gestempelte Noten darf sie nur in Deutsch-Österreich ausgeben. Ihren Betrieb in Deutsch-Österreich darf sie nur unter Verwendung deutsch-österreichisch gestempelter Noten führen. („Neue Freie Presse“ Nr. 19 607 v. 28. 3.)

Die revolutionäre Räteregierung in Ungarn erließ eine Verordnung zur Sozialisierung der Geldinstitute. („Leipziger Volkszeitung“ Nr. 71 v. 28. 3.) Ferner wurde verordnet, daß wer die in seinem Besitz befindlichen Goldmünzen und ausländischen Geldsorten nicht binnen 14 Tagen einem unter Kontrolle der revolutionären Räteregierung stehenden Geldinstitut übergibt, vor ein Revolutionsgericht gestellt wird. („Hamb. Nachr.“ Nr. 161 v. 28. 3.)

Ferner gab das Schiffahrtsamt zu, daß das erste Eisenbeton-Schiff, welches mit einem Kostenaufwand von 20 000 £ in Barnstaple gebaut wurde, beim Stapellauf brach und gänzlich verloren gegeben werden mußte. Gegen den Stapellauf des Schwesterschiffes bestanden keine Bedenken; er sei lediglich dadurch aufgehalten worden, daß das Wrack des geborstenen Schiffes noch nicht völlig aus dem Wege geräumt sei.

Nach einer Mitteilung des Schiffahrtsamtes befanden sich Ende März 205 Standardschiffe in Fahrt. Davon standen 146 in unmittelbarem Dienst der Regierung, während 59 an Privatreedereien abgestoßen waren. Es verblieben noch im Bau 283 Einheitsschiffe.

Verkauf von Standardschiffen. (Vergl. „W.-D.“ Nr. 8 S. 164 und Nr. 10, S. 209.) Dem vor einiger Zeit gemeldeten Verkauf der größeren Einheitsschiffe ist nun in gleicher Form auch die Abstoßung der kleineren Klassen, welche die Schiffe mit einer Tragfähigkeit von 400—5000 Tonnen umfaßt, gefolgt. Wie bei der ersten Transaktion ist die Übernahme der in Frage kom-

menden 96 im Bau befindlichen Dampfer durch ein von Lord Inchcape geführtes Konsortium erfolgt, welches diese 96 Schiffe zugleich mit inzwischen von der Regierung erworbenen 28 Einheitsschiffen der größeren Klassen zum Verkauf anbietet. Die Frist für die Einreichung von Angeboten lief bereits am 4. April ab, so daß es sich schon in diesen Tagen entscheiden wird, ob auch die kleineren Klassen der Einheitsschiffe ebenso leicht Käufer finden, wie die größeren Dampfer. *Hb.*

Kapitalerhöhung bei der Cunard Co. Die Leitung der Gesellschaft hat einer auf den 31. März einberufenen Aktionärsversammlung die Verdoppelung des Stammkapitals in Vorschlag gebracht. Die Erhöhung soll in der Weise erfolgen, daß der Reservefonds, der zu beträchtlicher Höhe emporgewachsen ist, kapitalisiert wird und daß auf jede alte Stammaktie eine neue entfällt. Die neu ausgegebenen Aktien sollen für das verflossene Geschäftsjahr bereits gewinnberechtig sein, und die Geschäftsleitung schlägt auf das verdoppelte Stammkapital eine Dividende von 10 % vor.

Gleichzeitig verlautet, daß die Cunard Co. mit der Reederei Thomas and John Brocklebank, Ltd., ein Abkommen getroffen hat, wonach sie von dieser 150 000 £ Anteile im Austausch gegen 150 000 Cunard shares von je 1 £ übernimmt. Das Gesamtkapital von Thomas and John Brocklebank, Ltd., beträgt 250 000 £, und da die restlichen 100 000 £ im Besitz der Anchor Line Ltd. sind, die ihrerseits wiederum von der Cunard Co. kontrolliert wird, so ist auch nunmehr die Reederei von Thomas and John Brocklebank, Ltd., unter der ausschließlichen Kontrolle der Cunard Linie. *Hb.*

Vereinigte Staaten

Was soll mit den Notstandsschiffen der amerikanischen Regierung geschehen? Das ist seit geraumer Zeit die von der Schiffsfahrtspreste der Vereinigten Staaten am lebhaftesten und ausführlichsten erörterte Frage. Daß die in der vorigen Nummer des W.-D. (S. 288 unten) mitgeteilten Pläne Hurleys bereits den endgültigen Standpunkt darstellen, den die Regierung in dieser Angelegenheit einzunehmen gedenkt, ist um so weniger wahrscheinlich, als das „Referendum“, das das Schiffsamt von der Handelskammer der Vereinigten Staaten jüngst erbeten hat, erst nach zeitraubenden Umfragen bei allen möglichen, an der Schifffahrt direkt oder indirekt interessierten Körperschaften zustande kommen kann. Während die Schiffsfahrtskreise die Notwendigkeit einer schnellen Entscheidung dieser für die Zukunft der amerikanischen Handelsflotte ausschlaggebenden Frage betonen, vertrat das Schiffsamt bisher die Ansicht, daß die gesamte amerikanische Geschäftswelt ein Recht hätte, in dieser Sache gehört zu werden, da die Flotte mit dem Geld des Landes gebaut sei. Die Handelskammer hält sogar für unerlässlich, daß der Umfrage eine aufläuternde Darlegung der zu entscheidenden wichtigsten Fragen, über die manche Kreise nicht genügend unterrichtet seien, vorherzugehen hätte. Das Referendum dürfte unter diesen Umständen kaum vor Ablauf von 6 Monaten zu erstatten sein. An Vorschlägen, die sich mit dem künftigen Schicksal der Regierungsschiffe beschäftigen, fehlt es inzwischen nicht. Senator Ransdell hat kürzlich im Senat eine interessante Übersicht über die verschiedenen dem Schiffsamt unterbreiteten Pläne gegeben. Er führte folgende an:

1. Das Eigentum an den Schiffen sowie ihr Betrieb bleibt der Regierung (reiner Staatsbetrieb).
2. Eigentum und Betrieb gehen auf eine öffentliche Körperschaft über, die vom Staate kontrolliert wird und bei der private Interessen höchstens durch eine Minorität vertreten sind.
3. Die Regierung behält das Eigentum und stellt Ausrüstung und Bemannung, die Leitung aber geht auf private Reederfirmen über, die für ihre Mühewaltung eine Kommission erhalten.
4. Die Regierung behält das Eigentum, private Reederfirmen aber besorgen als Sachwalter der Regierung die Ausrüstung, Bemannung und den Betrieb.
5. Die Regierung behält das Eigentum, rüstet die Schiffe vollständig aus, bemannt sie und vermietet sie dann an

private Reederfirmen, die sämtliche Betriebskosten zu tragen haben, denen aber auch sämtliche Einnahmen zufließen.

6. Die Regierung bleibt Eigentümerin, vermietet aber die Schiffe auf bare boat charter (d. h. lediglich das Schiff, ohne Ausrüstung usw.) an Privatfirmen.
7. Das Eigentum geht an eine neu zu gründende große Körperschaft über. Die Regierung garantiert, um das private Kapital anzulocken, einen bestimmten Ertrag, nimmt aber den etwa darüber hinausgehenden Gewinn für sich in Anspruch.
8. Verkauf der Schiffe unter günstigen Bedingungen und zu annehmbaren Preisen an viele kleine private Gesellschaften. Gleichzeitig gesetzliche Bestimmungen zur Unterstützung der Käufer, also etwa Herbeiführung gleicher Wettbewerbsverhältnisse, Staatszuschüsse, Vorzugstarife, Vorzugs-Eisenbahnraten usw.
9. Kombinationen der vorstehenden Pläne. Zum Beispiel: Es werden soviel Schiffe wie möglich zu Preisen, wie sie in England für Neubauten gezahlt werden, verkauft. Die übrigen bleibenden Schiffe werden den privaten Reedern nach Maßgabe ihrer Käufe zum Betrieb überwiesen. Der Ertrag der verkauften und überwiesenen Schiffe fließt in eine gemeinsame Kasse, aus der der Nettoverdienst pro rata zwischen Regierung und Private geteilt wird.

Welchem dieser Vorschläge die Hurleyschen Pläne am nächsten kommen, wird sich erst beurteilen lassen, wenn man ihren Inhalt — die vorläufige Meldung war nicht ganz klar — genauer kennen wird.

Über den gegenwärtigen und künftigen Umfang der Notstandsflotte gab Senator Ransdell folgende Ziffern. Die Regierung besaß am 12. Februar d. J. insgesamt, also stählerne und hölzerne Dampfer zusammengezählt, fertige Schiffe 657 Schiffe ca. 3 582 800 t dw zu Wasser gelassene, aber noch

nicht abgelieferte Schiffe ? „ „ 1 784 800 „
auf Stapel liegende Schiffe ? „ „ 3 674 100 „
Rechnet man dazu die zurzeit noch nicht in Angriff genommenen, aber bestellten Schiffe, so würde die Regierung (selbst wenn man die kürzlich annullierten oder zurückgestellten Aufträge abzieht) nach Durchführung ihres Bauprogramms im nächsten Jahre über einen Schiffsbesitz von 14 526 000 t dw verfügen. Neben der Regierungsflotte gibt es zurzeit noch eine im Besitz von Privaten befindliche amerikanische Flotte von 1049 Schiffen (über 500 Br.-Reg.-T.) mit zusammen 4 473 000 t dw. Der auf den Großen Seen tätige Schiffsraum bleibt hier unberücksichtigt. Alles in allem würde mithin die amerikanische Handelsflotte (staatliche und private) im Jahre 1920 rund 19 000 000 t dw umfassen.

Interessant ist schließlich noch die Feststellung Ransdells, daß die Notstandsflotte nicht, wie allgemein angenommen würde, auf Grund jenes Gesetzes gebaut werde, das die Einsetzung eines Schiffsamtes mit Amtsdauer bis fünf Jahre nach Friedensschluß bestimmte, sondern auf Grund des Gesetzes vom 15. Juni 1917, das die Vollmacht, Schiffe zu bauen, zu verwenden und darüber zu verfügen, dem Präsidenten übertrage, ihr aber nur bis sechs Monate nach Beendigung des Krieges Gültigkeit gebe. Daher müsse nach Ablauf dieses Halbjahrs sowohl mit dem Bau wie mit dem Betrieb der Schiffe von seiten der Regierung aufgehört werden, falls nicht inzwischen ein anderes bestimmender Kongreßbeschluß herbeigeführt worden sei. *A. K.*

Aufhebung der Staatskontrolle über die Werften. Nach einer Ankündigung des Vizepräsidenten des Schiffsamtes Mr. Coonley beabsichtigt die Regierung, die Staatskontrolle über die Werften in allernächster Zeit, vermutlich schon Mitte April aufzuheben. „Der reine Privatbetrieb,“ sagt Coonley, wird billiger und wirksamer als der bislang staatlich kontrollierte Betrieb. Die Werften müssen jetzt ihre Geschäfte selber führen und sobald wie möglich freie Hand über ihren Betrieb haben.“

Vermutlich wird damit auch das bisher noch immer bestehende Verbot, Aufträge für den Bau von Stahlschiffen von fremden Bestellern anzunehmen, aufgehoben werden. Unter Kontrolle der Regierung werden künftig nur noch die staatlichen Werften von Hog-Island, Pa., Newark, N. J., und Bristol, Pa. verbleiben. *A. K.*

Rohstoffe und Warenmärkte

Kapok

Weltmarkt. Herr Direktor Cantzler, Potsdam, schreibt uns: „Größere Mengen Rohkapok sind zwar in Niederländisch-Indien verschiffungsbereit, auch der Schiffsraum dafür scheint

bereits gesichert, jedoch läßt der Abtransport noch zu wünschen übrig, so daß vor Mitte oder Ende Mai kaum nennenswerte Mengen in Holland zu erwarten sind. Wohl aber ist es möglich, daß von der in Liverpool liegenden Ware auf

holländische Rechnung in Kürze Sendungen in Amsterdam ein treffen. Für die deutsche Industrie wird es notwendig sein, das Augenmerk nicht nur auf die niederländisch-indische Provenienz zu richten, sondern auch auf die sonstigen Produktionsgebiete. Eine unserer größten deutschen Importfirmen ist bereits dabei, die Einfuhr von britisch-indischer Ware möglich zu machen. Bestrebungen, die mit großer Freude zu begrüßen sind. Ob sie zu einem erreichbaren Ziele führen, ist heute noch nicht zu überschauen. Die Neutralen, außer Holland, haben, soweit übersehbar ist, Bemühungen zur Erlangung von Kapokrohware noch nicht angestellt, da ihnen der Import von tausend anderen Artikeln, namentlich Lebensmitteln, heute wichtiger erscheint. Von einer festen Notierung kann natürlich garkleine Rede sein, Ankäufe unterliegen eben besonderen Abmachungen. Ein ungefährender Anhalt kann lediglich in gelegentlicher holländischer Notierung von 75 bis 90 cts für 1/2 kg loko Amsterdam gegeben werden."

Holland. Statistik der Rotterdamer Maklerfirma M. & C. W. Breukelman lt. „Indische Merkur“ vom 10. 1. (Ballen):

	1918	1917	1916												
Zufuhr.....	613	7 512	38 337												
Verkauf.....	613	9 054	41 841												
Vorrat 31. 12.	<table border="1"> <tr> <td>Amsterdam</td><td>—</td><td>—</td><td>750</td></tr> <tr> <td>Rotterdam</td><td>—</td><td>—</td><td>952</td></tr> <tr> <td>Zusammen</td><td>—</td><td>—</td><td>1 542</td></tr> </table>			Amsterdam	—	—	750	Rotterdam	—	—	952	Zusammen	—	—	1 542
Amsterdam	—	—	750												
Rotterdam	—	—	952												
Zusammen	—	—	1 542												

Vereinigte Staaten. Der Verbrauch stieg 1917 mit 8,4 Mill. lbs gegen 1916 mit 5,8 Mill. um 45 %. Lt. „J. O. C.“ verbrachten in der ersten Hälfte 1918 172 Fabriken 2,3 Mill. lbs. Der Vorrat betrug am 1. 5 18 5,6 Mill. lbs., ohne 1,6 Mill., die auf See und 3,7, die für Rechnung amerikanischer Firmen noch auf Java waren.

Indochina. Über Kambodscha-Kapok lesen wir in der „Gaz. Coloniale“ vom 11. 3.: Während der beste Madura-Kapok in Marseille zu 4500—5000 fr die Tonne gehandelt wird, erzielt die Ware aus Indochina, weil sie nicht so langfaserig ist, nur 2750—3000 fr, also 15—20 % weniger. Da die französischen Einfuhrhäuser über Holland beziehen, und es auch an geeigneten Aufbereitungsmaschinen in Frankreich fehlt, kann der französische Kolonialkapok mit dem Javakapok nicht konkurrieren.

Hanf

Mexiko. Die Sisalernte in Yucatan betrug lt. „B. T. J.“ v. 20. 2. 1918 rund 1 Mill. Ballen zu je 400 lbs, jedoch waren bis Mitte Dez. höchstens 1/2 Mill. verkauft. Es konnten etwa 125 000 B. monatlich verschifft werden. Vor Abschluß des Waffenstillstandes war das Kriegsernährungsamt der Ver. Staaten der einzige Käufer, jetzt ist es jedoch zweifelhaft, ob unter den heutigen Verhältnissen das jetzige Verkaufssystem beibehalten werden kann. Man erwartet eine Produktions-einschränkung um etwa 250 000 B. (25 %).

Philippinen. Im Dez. v. J. wurden 118 928 Ballen Abaca und 6697 Ballen Maguay fertiggestellt. Erstere Sorte wird von der Musa textiles gewonnen, die seit über 100 Jahren auf den Inseln angebaut wird, und in der Hauptsache das Erzeugnis, das unter dem Namen Manilahanf im Handel ist, liefert. Die Regierung hat sorgfältige Untersuchungen anstellen lassen, um das etwas rückständige Verfahren der Gewinnung durch die Eingeborenen zu heben. Die Ausfuhr, die 1818 mit 41 tons begann, steht jetzt mit etwa 140 000 tons i. W. von 25—30 Mill. \$ an erster Stelle unter den Erzeugnissen der Philippinen.

Australien. Der Plan, Sisalpflanzungen für entlassene Soldaten anzulegen, beschäftigt die Regierung lebhaft. Es sollen Genossenschaften von etwa 20 Mann gebildet werden, denen man Pflanzungen, die etwa je 10 000 £ kosten werden, übertragen will. Jeder Ansiedler soll den Ertrag von 30 acres an die Fabrik abliefern.

Japan. Die Einfuhr von Manilahanf betrug lt. „B. T. J.“ v. 9. 1. 1917 12 025 t gegen 7772 und 6704 in den beiden Vorjahren.

Argentinien. Die Versuche mit dem Anbau von Phormium-Arten, die für die Deckung des großen Bedarfs an Bindegarn seit 1910 angestellt wurden, haben lt. „Handelsber.“ v. 20. 2. befriedigende Ergebnisse gehabt.

Italien. Das Geschäft stand in den ersten Monaten des Jahres völlig still. Die Preise wurden von den großen Exporthäusern gehalten, weil man große Nachfrage erwartet. Am 25. 2. stellte sich G und PB auf 205 £ je ton, PC und SB auf 190 und SPS auf 100—105 fob.

England. Die Manila-Hemp-Order von 1917 ist lt. „B. T. J.“ v. 13. 3. aufgehoben worden, so daß nach dem 1. 4. 19 der freie Handel wieder hergestellt sein wird. Die Vorräte der War Office sollen freigegeben werden.

Die Höchstpreise und Handelsbeschränkungen für Neuseeland-Hanf, Ostafrika-Sisal und St. Helena-Hanf sind lt. „B. T. J.“ v. 13. 3. aufgehoben.

St. Helena. Die Kultur von Phormium tenax hat großen Erfolg gehabt. Klima und Boden sind dem Anbau überaus günstig und große Flächen können dafür noch benutzt werden. In den Kriegsjahren waren die Preise gut und die Ausfuhr nur wenig durch den Schiffsraummangel behindert. Inzwischen sind lt. „B. T. J.“ die letzten Vorräte verschifft worden.

Die Regierungsfabrik verarbeitete 1917 1764 tons, woraus 167,5 tons Faser und 79,5 tons Werg hergestellt wurden. Der mittlere Preis betrug 1917 81 £ für 1 ton Faser gegen 49 in 1916. Der Kleinbetrieb ist im Anbau vorherrschend. 1917 lieferten 68 Pflanzler an die Regierungsfabrik. Zur Förderung des Anbaus wurde eine Beleihungskasse eingerichtet. Außer der staatlichen Fabrik arbeiten drei private Betriebe, die zusammen etwa 440 tons Faser und 170 tons Werg herstellen.

Die Anbaufläche beträgt etwa 700—900 acres.

Flachs und Leinen

Weltproduktion. Vor dem Krieg betrug die Gesamtanbaufläche etwa 4 1/2 Mill. acres, der normale Ertrag 800 000 bis 1 Mill. tons. Belgien, das die besten Qualitäten hervorbringt, und Rußland lieferten etwa 93 % der Weltproduktion, während in der Herstellung von Leinengarn und -Gewebe Irland mit beinahe 1/4 der Gesamterzeugung an der Spitze stand.

In den Kriegsjahren ist die Erzeugung stark zurückgegangen und die Vorräte in Europa sollen nach Angabe des englischen Kriegsamts im Oktober 1918 kaum 30 000 tons betragen haben. Auch Leinenwaren aller Art sind daher knapp. Im vergangenen Jahre war die Erzeugung überall bedeutend eingeschränkt und zum großen Teil für militärische Zwecke in Anspruch genommen.

Die mittleren Werte für 1907—11 lauten:

	Anbau Flachs-erzeugung			Anbau Flachs-erzeugung	
	1000 ha	1000 kg		1000 ha	1000 kg
Rußland.....	1535	623	Irland.....	21	9
Argentinien..	1503	*	Belgien...	19	20
Brit. Indien..	1275	*	Ungarn...	17	12
Ver. Staaten..	1400	*	Rumänien..	15	*
Kanada.....	175	*	Holland...	13	8
Österreich...	50	31	Japan.....	6	15
Uruguay....	35	*	Insgesamt..	6087	736
Frankreich..	23	18			

* Erzeugung fast ausschließlich Leinsaat.

England. Mit einer Beseitigung der Regierungsaufsicht, die restlos durchgeführt ist, kann lt. „Times“ v. 21. 1. keinesfalls gerechnet werden. Die Übergangszeit wird wegen der viel zu hohen Preisfestsetzung voll von Schwierigkeiten sein. Da mit größeren Zufuhren aus Rußland zunächst nicht zu rechnen ist, sieht man sich nach andern Bezugsquellen, in erster Linie Kanada, um. Die Einfuhr betrug 1918 in 11 Monaten über Belfast nur 5500 tons gegen 40 000 vor dem Krieg. Auch die Aussichten für die diesjährige irische Ernte sind etwas unsicher, solange man über die Absichten der Regierung im unklaren ist. Ebenso läßt sich noch nicht sagen, wie sich die Produktionskosten der Leinenindustrie gestalten werden. Die gegenwärtigen Preise sind hoch und die Nachfrage nach Leinenwaren aller Art ist überall groß, während die Fabriken wegen Rohstoffmangel und auch aus andern Gründen die Arbeitszeit herabsetzen. Wegen der erhöhten Produktionskosten ist nach einer Erklärung der Linen Merchants Ass. vorläufig mit den hohen Preisen zu rechnen.

In Irland dürfte die Anbaufläche dieses Jahr lt. „Times Tr. Suppl.“ v. März 140 000 tons nicht überschreiten. Die amtlichen Preise betragen von 25—35 s für 1 Stone.

Schweden. Der Anbau soll mit staatlicher Hilfe gefördert werden. Man rechnet, daß bei einer Anbaufläche von 8500 ha = 0,3 % der nutzbaren Bodenfläche schon der ganze Bedarf der schwedischen Spinnereien gedeckt werden könne. Es sollen bestimmte Qualitätsvorschriften festgesetzt werden. Jede Provinz soll zunächst eine Flachsverwertungsanstalt erhalten.

Deutschland. Ursprünglich hatte man für 1919 mit einer

Anbaufläche von 100 000 ha gerechnet, jedoch wird sie wegen Mangels an Saat, Düngemitteln und Arbeitskräften auf 65 000 ha herabgesetzt.

Deutsch-Österreich. Der während des Krieges festgesetzte Höchstpreis für ein Schock prima Flachsgarn beträgt 280 Kr, während der Friedenspreis 80 betrug. Vor dem Krieg war die österreichische Leinenindustrie zu 83 % ihres Bedarfs auf den Bezug russischen Flaches angewiesen.

Vereinigte Staaten. Um sich vom Ausland möglichst unabhängig zu machen, sollte der Anbau von Flachs und dessen Verarbeitung gefördert werden. Bisher war die Erzeugung der Vereinigten Staaten nur gering. Die Anbaufläche betrug etwa 5000 acres und die einheimische Leinenindustrie war ebenfalls unbedeutend. Daher waren die Vereinigten Staaten stark auf die Einfuhr angewiesen, die etwa 20 Mill. \$ betrug. Fast die Hälfte der Erzeugung der Fabriken in Ulster geht nach den Vereinigten Staaten.

Japan. Die Japaner haben lt. „Times Tr. Suppl.“ Febr. 1919 in den letzten Jahren bedeutende Fortschritte in der Leinenspinnerei und -weberei gemacht und besonders in Südamerika und auf den Märkten des Fernen Ostens Fuß gefaßt, weil sie zu Preisen liefern, die weit unter den englischen liegen.

Seide

Weltmarkt. In den Kriegsjahren hat sich das Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage, das schon im Frieden die Preise hochhielt, noch mehr vergrößert. Frankreich verbraucht beispielsweise achtmal mehr Seide, als es erzeugt, Österreich und Rußland dreimal so viel, die Schweiz mehr als Italien. England und die Vereinigten Staaten sind für ihren Riesenverbrauch ganz auf Zufuhren von außerhalb angewiesen. Daher herrscht am Markt durchweg Zurückhaltung. Die Preise sind nach den Berichten der Lyoner Firma Chabrières, Morel & Cie gespannt und unregelmäßig. In Kanton ging das Geschäft infolge des dafür günstigen Standes der Wechselkurse flott. Yokohama lieferte in zwei Monaten bereits über 100 000 Ballen nach den Vereinigten Staaten.

China. Der Seidenhandel Kantons geht jetzt überwiegend nach den Vereinigten Staaten, während vor dem Krieg etwa 2/3 der Ausfuhr nach Europa, hauptsächlich Frankreich und Italien, gingen. Der Verbrauch der einheimischen Spinnereien und Webereien ist ebenfalls groß. Die Inhaber großer Seidenfirmen sind meistens Engländer oder Franzosen. Die Saison beginnt im Mai. Es kommen bis in den November hinein 6—7 Ernten von Kokons an den Markt.

Die Erträge sind nach einem amerikanischen Konsulatsbericht (Ballen zu 106% am. lbs):

1915/16	1916/17	1917/18	Zehnjahrsmittel
35 000	48 000	45 000	44 600

Shanghai's Ausfuhr betrug in Pikul;

	1915/16	1916/17	1917/18
nach Europa weiße Seide....	12 400	10 000	8 700
gelbe „.....	13 900	16 500	14 000
Amerika weiße „.....	12 700	8 700	9 800

Chinas Gesamtausfuhr betrug 1917 nach „Kelly's Monthly Tr. Rev.“ 106,3 Mill. Taels = etwa 22 Mill. £. Davon gingen mehr als 37 % nach den Vereinigten Staaten.

Japan. Der Wert der Ausfuhr ist in den Kriegsjahren von jährlich 800 000 Yen auf 5 Mill. Yen gestiegen.

Australien. In Geelong hat lt. „Handelsblad“ eine Gesellschaft 3000 acres gekauft, um dort Versuche mit der Seidenraupenzucht zu machen.

Vereinigte Staaten. Die Einfuhrbeschränkungen sind seit Beginn des Jahres beseitigt. Die Seidenindustrie hat im letzten Jahrzehnt einen ganz bedeutenden Aufschwung genommen. Die Vereinigten Staaten haben jetzt die bedeutendste Seidenwarenherstellung der Welt. Der Erzeugungswert, der 1914 noch 254 Mill. \$ betragen hatte, wird jetzt auf mehr als das Doppelte geschätzt. Die Einfuhr von Rohseide betrug im Fiskaljahr 1917/18 17 224 tons i. W. v. 180,9 Mill. \$, wovon 14 185 tons aus Japan stammten.

Die Wiederausfuhr hatte in den ersten sieben Monaten 1918 einen Wert von 2,54 Mill. \$ gegen 0,36 Mill. in der gleichen Zeit 1913.

Auch die Seidenkultur, für die in Texas und Kalifornien die Naturbedingungen günstig sind, ist in Ausdehnung begriffen. Die Erzeugung von Kunstseide, die erst in den Kriegsjahren aufgenommen wurde, hat sich ebenfalls sehr rasch

entwickelt. Die Einfuhr ist lt. „Text. W. J.“ von rund 2 Mill. lbs i. W. v. 4 Mill. \$ in 1914 auf 0,3 Mill. lbs i. W. v. 0,8 Mill. in 1918 gesunken.

Die Erzeugung stieg von 0,3 Mill. lbs in 1914 auf 6,5 Mill. in 1917. 1918 wurden bereits für 2,3 Mill. \$ ausgeführt. Der Preis ist von etwa 2 \$ je lb in 1914 auf 4 \$ in 1918 gestiegen.

England. Im vergangenen Jahr stand der Handel im Zeichen der hohen Preise, trotz der Zufuhren, die sowohl der Menge als dem Wert nach eine Zunahme zeigten. Japanische Seide, die in großen Mengen auf japanischen Schiffen eingeführt wurde, zeigt mit 1 144 300 lbs gegen 197 600 lbs in 1916 eine ganz bedeutende Zunahme.

Einfuhr in 1000 kg lt. „B. T. J.“ v. 14. 1.:

	Rohseide und Seidenabfälle				
aus	1913	1914	1915	1916	1917
Italien ..	1 051,6	948 8	1 465 2	1 200,4	1 307 0
Japan ...	—	474 4	948 1	673 9	1 492 5
China ...	—	1 770,5	1 561 0	1 772 0	1 718 0

	Seidenwaren: Garn und Gewebe				
Italien ..	2 883 8	2 956 0	4 634 9	4 564 9	4 037 0
Japan ...	—	916 6	1 179 8	942 5	813 2

Die Gesamteinfuhr stieg von 1,2 Mill. lbs i. W. v. 1,059 Mill. £ in 1916 auf 2,2 Mill. i. W. v. 2,616 Mill. £ in 1918.

Italien. Die amtlichen Zahlen für die Erzeugung ohne die besetzten Gebiete lauten in 1000 kg:

	1918	1917	Durchschnitt 1912—16
Seidenraupeneier...	16,5	16,5	21,8
Kokons	29 000	27 830	35 562

Die von der Regierung eingesetzte Zentralstelle für den Seidenhandel, der hauptsächlich der Einkauf von Rohseide obliegt, hat bis Anfang dieses Jahres bereits mehr als 150 000 kg Rohseidenkäufe vermittelt. Die Ausfuhr ist ganz bedeutend zurückgegangen; sie betrug in der zweiten Hälfte 1918 1040 t gegen 3648 in der gleichen Zeit 1913.

Frankreich. Die Erzeugung, die sich in den Jahren 1870/80 auf 10 Mill. kg hielt, ist in ständiger Abnahme begriffen, wie folgende Zahlen des „Exp. fr.“ v. 16. 1. zeigen:

	1000 kg Seidenzüchter	1000 kg Seidenzüchter	
1908 ...	8409	123 804	1915 ... 1727
1912 ...	6278	99 360	1916 ... 2797
1914 ...	5067	83 825	1917 ... 2507
			52 756

Ein- und Ausfuhr nach dem „Bulletin des Soies“ in 1000 kg in der ersten Hälfte der betr. Jahre:

	Einfuhr		Ausfuhr	
	1916	1918	1916	1918
Kokons	70	69,8	124,8	—
Rohseide	1507,9	2260,5	824,5	861,0
Abfälle	138,3	69,2	411,9	113,7
Seidenzwirn	160,5	2548	583,1	513,8
Florettseide	4401,8	2144,1	430,2	294,1
Andere Sorten ..	748,5	1272,5	1493,5	1280,9

Die Preise in Lyon zeigten lt. „N. Zürcher Ztg.“ v. 14. 1. folgende Bewegung (fr. je kg):

	Höchster Stand	Niedrigster Stand		Höchster Stand	Niedrigster Stand
Cevennes I	132	107	China...	126	107
Italien I..	134	105	Canton I	104	86
Japan....	122	105			

Wie das „Alg. Handelsblad“ berichtet, wird die Gründung einer Ausfuhrorganisation für den Lyoner Seidenhandel geplant. Ihre Hauptaufgabe soll in der Gewährung langfristiger Kredite bestehen.

Schweiz. Einfuhr von Rohseide lt. „Schweizer Exp.“ v. 25. 1.:

	1913	1914	1915	1917	1918 (9 Monate)
Insgesamt dz	6 995	4 979	11 646	4 802	3 947
„ 1000 fr ..	31 598	22 736	51 103	40 254	34 341
Davon aus Japan dz	2 921	1 365	2 444	1 550	2 331
„ 1000 fr ..	13 194	6 233	10 674	12 740	19 870
„ Italien dz	2 851	2 251	6 366	2 516	1 435
„ 1000 fr ..	13 278	10 278	27 935	22 149	12 915

Ausfuhr in 9 Monaten:

	1000 kg	Wert in Mill. fr	Mittelwert für 1 kg in fr
Seidengewebe {	1913.... 1 605	79	49,21
	1915.... 1 835	88,6	61,08
	1918.... 644	74,2	115,26
Seidenbänder {	1913.... 533	32,2	60,42
	1915.... 748	45,5	60,87
	1918.... 407,8	43	105,45

Getreide und Futtermittel

Halbmonat-Bericht

erstattet von Mitgliedern des „Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse“

Weizen

Vereinigte Staaten. Die amerikanischen Aussichten für die neue Weizenernte bleiben weiter überaus günstig. Winterweizenstand wird vom „Modern Miller“, Chicago, mit 92–93 % geschätzt, was einem Ergebnis von 750 bis 775 Mill. bushels gleichkommt. Wenn auch etwas weniger Sommerweizen gepflanzt ist, erscheint die früher als phantastisch hingestellte Gesamtzahl für beide Weizensorten von 1000–1200 Mill. bushels nicht mehr übertrieben. Die Saaten haben den Winter ohne nennenswerten Schaden überstanden und wenn trotzdem eine Änderung des Weizenpreises von 237½ cts nicht zu konstatieren ist, so ist dies die Folge seiner Festlegung durch die Regierung. Erste Weizenexporteure sind trotzdem der Ansicht, daß beim Herannahen dieser neuen Rekordernte, die in ca. 3 Monaten zu erwarten ist, die Preise wenigstens um 1 \$ billiger sein werden. In englischen Fachblättern wird mit Rücksicht auf die neue Verpflichtung resp. die neuen Vereinbarungen mit Deutschland die Frage erwogen, ob Amerika imstande ist, die viel besprochenen 300 000 tons monatlich ohne weiteres zu liefern, oder ob auch die übrigen Exportländer mit in Betracht gezogen werden müssen. „Lond. Gr. S. & O. R.“ v. 21. 3. läßt sich aus New York melden, daß selbst bei der Abgabe von 400–450 000 tons monatlich Amerika auch den gegenüber den Alliierten eingegangenen Verpflichtungen durch seine großen Überschüsse gerecht werden könne. Die Zahlen von Mr. Barnes werden dadurch widerlegt. In den „Corn Trade News“ v. 24. 3. erwartet man von den Vereinigten Staaten auf ihren Anteil einen Mindestexport von 100 Mill. bushels (2,7 Mill. tons), dem aber nach den sichtbaren Vorräten v. 1. 3. nur 69 Mill. bushels greifbar gegenüberständen. Da man aber 75 Mill. am 1. 2. noch in Privathänden wußte, so wäre die Erreichung des nötigen Ausfuhrquantums leicht gesichert. Überdies könnte man schon die neue Ernte im Juli für die Juliverladungen heranziehen.

Beim Eintreffen der ersten amerikanischen Mehlsendungen im Hamburger Hafen verdient ein Vergleich zwischen dem jetzigen amerikanischen Weizenmehlpreis und dem Kleinverkaufspreise der Hamburgischen Kriegsvorsorgung von 2,14 M das Pfund zur Erinnerung für spätere Geschlechter festgelegt zu werden. Minneapolis notiert für feinste Qualität Weizenmehl (fancy Patents) 11,55 \$ je barrel (196 lbs). Bei Umrechnung des Dollar zum jetzigen Kurse von 11,25 M und Hinzufügung der Fracht von Minneapolis nach Hamburg würden sich 1000 kg Weizenmehl auf ca. 1650 M stellen. Die hamburger Bevölkerung bezahlt der Kriegsvorsorgung 4280 M, wobei bemerkt wird, daß dieser Preis andere Artikel kompensieren muß.

Die sichtbaren Vorräte in den Vereinigten Staaten haben eine Abnahme erfahren, wie aus nachfolgender Aufstellung vom 22. 3. (in 1000 bushels) ersichtlich ist:

	22. 3. 19	15. 3. 19	23. 3. 18	24. 3. 17	Unterschied gegen Vorwoche gl. Wo. 18
Weizen (Ver. Staat.)	101 946	111 583	6 521	50 488	— 9537 — 1229
„ (Kanada) ..	—	40 575	10 319	34 501	— — 2574
Mais (Ver. Staat.)	2 799	3 374	6 521	12 396	— 575 — 6236
Hafer („)	25 355	26 840	17 009	34 880	— 1485 — 149
Roggen („)	15 135	13 227	1 051	1 938	— 92 — 35
Gerste („)	9 137	10 452	5 104	4 863	— 1315 + 812

Australien. Nach den letzten in englischen Fachzeitschriften vorliegenden Nachrichten sind die Aussichten für die neue Ernte günstig. Die „Times“ meldet für verschiedene Nahrungsmittel folgende Kleinverkaufspreise: Brot 5 d für 2 lbs, Weizenmehl 2 d für 1 lb, Reis 4 d für 1 lb. Im Vergleich hierzu kostet in London: Brot 4½ d für 2 lbs, Mehl 3 d für 1 lb, Kartoffel 1½ d für 1 lb, Reis 5½ d für 1 lb.

Nach einem Bericht aus den „Corn Trade News“ v. 25. 3. hat die australische Regierung den Farmern einen Preis von 4 s 4 d je bushel Weizen garantiert für die im Dezember dieses Jahres zu erwartende Ernte. Gleichzeitig hat der Premierminister Mr. Watt erklärt, daß die englische Regierung den verbleibenden Überschuß von 2½ Mill. tons nicht kaufen wird.

Indien. Wenngleich der letzte Regen die Ernte etwas gebessert hat, so bleibt doch die Ernährungslage äußerst gefährdet. Englische Blätter melden Hungersnot aus verschiedenen isolierten Gebieten, so daß bereits eine Hilfsaktion

der Regierung notwendig geworden ist. Zur Bekämpfung der Hungersnot sind 600 000 tons Weizen in Australien angekauft. Hiermit und mit Reis aus Burma hofft man die Bevölkerung bis zur nächsten Ernte durchzubringen. Der diesjährige Weizenantrag erreicht nur 52 % des normalen.

Argentinien. Das Wetter ist weiter günstig, was besonders für die Maisernte von großer Bedeutung ist. Nach einem Kabel vom 20. 3. sind die Ankünfte in den Häfen andauernd reichlich und in guter Qualität. Tendenz für Weizen stetig, Preis 10,35 Pesos, Vorräte 65 000 tons.

Spanien. Laut Angaben des „Boletín de Agricultura Técnica y Económica“ (Madrid) betrug die Ernte in Spanien und den kanarischen Inseln in tons:

Weizen	3 655 089	33 975	Gerste	1 924 060	29 492
Roggen	771 421	1 910	Hafer	441 468	—
Mais	...	597 216		15 672	

Barcelona berichtet, daß der Weizenhandel stagniert, da die Inhaber von Waren nicht gewillt sind, zu den amtlichen Preisen zu verkaufen, und die Mühlen nicht über dieses Limit kaufen wollen.

Frankreich. Nach einem Bericht vom 22. 3. ist das Wetter für die Feldbestellung günstiger geworden. Die Herbstsaaten sehen gut aus, doch wird viel über Unkraut geklagt.

England. Der Eintritt besseren Wetters hat die Landbestellung gefördert. Die Herbstsaaten haben trotz der bisherigen ungünstigen Wetterlage nicht besonders gelitten. Immerhin wird mit einem weit kleineren Ergebnis zu rechnen sein. An den englischen Weizenmärkten war das Geschäft in der letzten Märzwoche im allgemeinen ruhig. Schwimmende Partien waren nur vereinzelt erhältlich. Der englische schlechte Weizen macht den Inhabern nach wie vor Sorge. Das jetzt hergestellte Brot enthält bis zu 30–40 % Mehl aus einheimischem Weizen. Man hofft auf diese Weise bis zur neuen Ernte den englischen Weizen wegzuschaffen. Der Kampf um den freien Handel wird weiter fortgesetzt. Ein greifbares Resultat ist bisher nicht vorhanden. Nur Maisprodukte sind von der Beschränkung jetzt befreit. Allerdings behält sich der Nahrungsminister vor, wieder einzugreifen, falls der Preisstand eine unerlaubte Höhe erreichen sollte.

Von den amerikanischen Abladungen sind in der letzten Märzwoche 310 500 Sack Mehl für Falmouth avisiert, von denen ein großer Teil für den Kontingent bestimmt sein soll.

Mais

In den Vereinigten Staaten stieg der Maisterminpreis in der letzten Berichtsperiode unter größeren Tagesschwankungen weiter. Chicago notierte am 4. 4. 157½ für Mai und 149½ für Juli.

Die sichtbaren Vorräte sind weit kleiner als in früheren Jahren. Der Lokopreis in New York war 175½ ult. März. Argentinien meldet vom 20. 3. stetige Tendenz, 285 000 tons Vorrat und 4,35 Pesos Preis. Die Aussichten für die Maisernte sind ausgezeichnet. Das heiße Wetter ist von großem Wert für den diesjährigen Ausfall.

In Italien ist die Anbaufläche größer geworden. Die junge Pflanze entwickelt sich günstig.

Roggen

Der amerikanische Lokopreis hat bedeutend angezogen. New York notierte in den ersten Apriltagen 187 cts. Das bedeutet eine Erhöhung von fast 23 cts gegen Mitte März. Die erwartete Ausfuhr, welche die amerikanischen Bestände erleichtern sollte, ist jetzt in vollem Gange. Dadurch ist eine Befestigung des Marktes eingetreten. Unter den 300 000 tons Getreide für Deutschland werden nach amerikanischer Auffassung zweifellos ziemlich große Mengen Roggen sein. 214 000 qrs wurden in der letzten Märzwoche verschifft, darunter 160 000 qrs Ordre Falmouth. Man vermutet, daß diese für den Kontinent bestimmt sind.

Hafer

Amerikanische Terminmärkte waren in der letzten Berichtsperiode bis Anfang April rückgängig. Eine Erholung trat in den letzten Tagen ein. Notierung am 4. 4. für Mai 67½ cts und für Juli 65½ cts. Buenos Aires meldet v. 20. 3. einen Preis von 5,85 Pesos bei ruhiger Tendenz; Vorrat 40 000 tons.

Ölsaaten und Ölkuchen

An den amerikanischen Leinsaatmärkten herrschten in der letzten Berichtsperiode wiederum recht starke Schwankungen. Duluth notierte für März am 26. 3. 383½ cts. Der nächste Tag brachte einen Rückgang um 7½ cts. Die Grundstimmung bleibt fest. Amerikanische Sonderberichte aus Minneapolis besagen, daß der Bedarf der amerikanischen Mühlen sehr bedeutend ist und die Bestände sehr klein. Man muß noch sehr große Mengen aus Argentinien importieren, um alle Bedürfnisse zu befriedigen. Bis zum Eintreffen dieser argentinischen Ladungen vergehen aber, bevor die Bestände wieder aufgefüllt werden, 3—4 Monate. Inzwischen sind in den beiden letzten Märzwochen 680 000 bushels von Buenos Aires abgeladen. Auch der argentinische Leinsaatmarkt ist fester. Am 20. 3. notiert Buenos Aires 19,45 Pesos, Vorrat 75 000 tons. Die Ankünfte in den Häfen sind andauernd reichlich und in guter Qualität. Die indische Ernte hat etwas durch den letzten Regen profitiert. Englische Schätzungen sprechen von 56 % des Normalen.

In England ist der Handel in Ölsaaten unter Beobachtung der Höchstpreise vom Mai 1917 freigegeben. Diese waren für Leinsaat 30 £, Baumwollsaat 19 £, Seesamsaat 32 £, Hanfsaat 30 £, Rapsaat 30 £ per ton.

Ölkuchen. An den englischen Hauptplätzen bleiben hochprozentige Ölkuchen, besonders Leinkuchen äußerst knapp. Die Lage spitzt sich von Tag zu Tag zu. Greifbare Leinkuchen waren in der letzten Märzhälfte überhaupt nicht aufzutreiben. Vom April wird eine Besserung erwartet. Für Baumwollsaatkuchen fehlt den Mühlen die Saat. Kokosnuß- und Erdußkuchen sind vorhanden, finden aber wenig Beachtung. Dasselbe gilt für Palmkuchen. Compoundkuchen sind auf 17 £ 15 s — 18 £ ermäßigt. Mühlenabfälle sind reichlich vorhanden. Die Preise sind um weitere 2 £ per ton herabge-

setzt. Grobe Kleie kostet jetzt 11 £, feine Kleie 12 £ per ton. Man will durch diese Ermäßigung die Mühlen von ihren Lägern befreien, um nach Erreichung dieses Zieles die Preise wieder heraufzusetzen.

Der amerikanische Ölkuchenmarkt ist wenig verändert. Der erwartete große Export scheint noch nicht eingetreten zu sein. Amerikanische Berichte lauten darüber widersprechend. Einerseits wird zum Durchhalten aufgefordert, bis der Export einsetzt, um die höheren Preise zu erlangen, andererseits ist man zufrieden, daß mangels Saat die Lager nicht größer werden. Der Preis für Leinkuchen ist nominell 64 \$ per ton.

Frankreich. In „La Dépêche Coloniale“ wird die Regierung auf die merkwürdigen Ölsaatspreise hingewiesen, zu dem das Ölkonsortium einkauft und den Fabrikanten verkauft. Der Einkaufspreis der Senegal-Ölsaaten beträgt 27,50 fr für 100 kg, der Cit-Bordeauxpreis ist 75 fr und der Verkaufspreis an die Fabrikanten 121,50 fr. Palmölsaaten kosten in London paritätisch 64,50 fr, beim Konsortium 129,50 fr. Die genannte Zeitschrift kommentiert diese Wunderpreise dahin, daß eine Untersuchung durch die Regierung den Tod des Konsortiums bedeuten würde.

Spanien. Eine neue Gesellschaft, deren Aufgabe die Anpflanzung der Rizinuspflanze (*Gynadenia*), auch Palma Christi genannt ist, hat sich in Spanien gegründet. Die in Malaga, Velez Malaga, und in Xeres de la Frontera angestellten Versuchskulturen haben ein gutes Resultat ergeben. Aus der Höhe der Pflanzen, die 2—3 m in 16—18 Monaten erreichten, schließt man, daß Andalusien für Anbau und Ausbeutung gut geeignet sei. Der Preis für 1 kg Rizinusöl beträgt jetzt 10 Pesetas gegen 1,25 vor dem Kriege. Man erwartet allerdings bei stark gestiegenem Bedarf noch keinen schnellen Rückgang auf den früheren Preisstand. Das bisherige Exportland ist in der Hauptsache Britisch Indien.

Vermischtes

Die Anglo-Persian Oil Company 1917/1918. Durch den vor kurzem erschienenen Jahresbericht der Anglo-Persian für das mit dem 31. März endigende Geschäftsjahr 1917/18 sind weitere interessante Einzelheiten über die Entwicklung der englischen Erdölindustrie in Südwest-Persien bekannt geworden, die durchaus die früher schon an dieser Stelle geäußerte Ansicht bestätigen, daß die Engländer in dem heißumstrittenen und verkehrsgeographisch so wichtigen Gebiet am Persischen Golf eine politisch und finanziell außerordentlich wertvolle und aussichtsreiche Kapitalanlage geschaffen haben. Die Vorgeschichte des Unternehmens, an der die britische Regierung mit rund 50 Mill. £ beteiligt ist, darf wohl als bekannt vorausgesetzt werden*). Die Regierungsgelder tragen jetzt schon reichlich Zinsen. Wie auf der 9. Generalversammlung mitgeteilt wurde, beträgt die Verzinsung unter Berücksichtigung der Einnahmen aus der Kriegsgewinnsteuer mindestens 30 % im letzten Jahr. Das ist in erster Linie auf die langfristigen Verträge für Heizöl-Lieferungen an die Flotte, deren Einzelheiten geheim sind, zurückzuführen. Der finanzielle Stand des Unternehmens ist aus folgenden Zahlen ersichtlich (£ ohne s und d):

Geschäftsjahr	bis 31. 3. 18	bis 31. 3. 17
Gewinn	1 308 558	344 110
Rückzahlung an die Burmah Oil Co. a. d. Garantiefonds d. Vorzugsaktien	175 547	0
Reserve für Obligationentilgung	80 000	0
Reserve für Vorzugsaktien	50 000	50 000
Allgemeine Reserven	100 000	100 000
Amortisierungs-Konto	100 000	0
Gesamt Rücklagen	480 000	150 000
8% Dividende a. d. Vorzugs-Aktien ..	120 000	?
Dividende a. d. St.-Aktien 8% steuerfrei ..	204 986	6% nicht steuerfrei
Vortrag	454 723	19 537

Das Kapital zeigt gegen das Vorjahr eine Zunahme von 13¼ Mill. £. Außer den Einzahlungen der Regierungs-

anteile kamen bedeutende Beträge Privatkapital hinzu, hauptsächlich wegen der Ausdehnung der Gesellschaft auf Arbeitsgebiete außerhalb Persiens. Außer den neuen Vorzugsaktien im Betrage von 1 Mill. £, die zum Kurse von 2 s 6 d die Aktie ausgegeben wurden, kamen 1,8 Mill. £ fünfprozentige Obligationen und 2,4 Mill. £ Beteiligungen hinzu. Weitere Kapitalerhöhungen, um die Bedürfnisse für den riesenhaft wachsenden Betrieb zu decken, sind im Augenblick nicht nötig, da der Gesellschaft aus den Überschüssen ausreichende Beträge zur Verfügung stehen, darunter 2 302 000 £, die in Kriegaanleihe angelegt sind. Der Verdienst ist in erster Linie auf die Öltransporte in eigenen Tankschiffen zurückzuführen, jedoch berechtigen die bessere Ausnutzung der Anlagen und die höheren Preise zu der Hoffnung, daß die künftigen Ergebnisse ebenfalls gut sein werden. Zu dem Reingewinn von 1 308 558 £ nach Abzug aller Kosten einschließlich der Staatsabgabe an Persien kommt noch der Vortrag von 19 537 £ aus dem Jahre 1916, so daß 1 328 095 £ verfügbar sind, die in der oben angegebenen Weise verteilt werden. Für die Angestellten wurde ein Versicherungs- und Pensionsfonds begründet. Der Anspruch auf die persische Regierung für den im Jahre 1915 entstandenen Schaden ist noch nicht geregelt. Wie erinnerlich, war damals, als die Türken gegen Basra und den Karun vorrückten, die Rohrleitung unterbrochen.

Das Feld von Maidan-i-Naphtun hat seine riesenhafte Ergiebigkeit beibehalten und auch ein anderes Feld, wo eine Bohrung fündig wurde, erweist sich als außerordentlich produktiv. Die Geologen haben ihre Arbeiten auf sechs weiteren Feldern mit Erfolg fortgesetzt. Mit Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der Rohrleitung und der Raffinerie konnte nur ein kleiner Teil der Produktivität nutzbar gemacht werden. Allein das Maidan-Feld könnte mit seinen sämtlichen jetzt abgestellten Sonden etwa 5 Mill. t jährlich liefern. Eine weitere Rohrleitung von 10 Zoll Durchmesser soll die jetzige 6zöllige entlasten. Wenn diese fertig ist, werden für den Öltransport von den Feldern nach der am Schatt-el-Arab auf der Insel Abadan gelegenen Raffinerie eine vollständige 10zöllige Leitung und eine je zur Hälfte 8- und 10zöllige Rohrleitung zur Verfügung stehen. Die auf den Feldern, in der Rohrleitung und für die Raffinerie auf der Insel Abadan angelegten Regierungsgelder fangen jetzt an

*) Anmerkung: Vgl. 1916 Nr. 4, 1917 Nr. 6 und 1918 Nr. 3. Eine ausführliche Untersuchung des Verfassers über die persischen und die benachbarten mesopotamischen Erdölvorkommen, in welcher die Gesamtheit der mit ihrer Erschließung zusammenhängenden geographischen, wirtschaftlich-politischen und technischen Fragen behandelt wird, erscheint in diesen Tagen als Band 40 der Abhandlungen des Hamburgischen Kolonialinstituts im Verlage von L. Friederichsen & Co., Hamburg.

gewinnbringend zu arbeiten, jedoch wird frühestens im Betriebsjahr 1919/20 die ganze Anlage voll ausgenutzt werden können. Die Bauarbeiten an den Ausdehnungen haben sich erheblich verzögert; sie sind aber jetzt voll in Gang. Wenn sie ungestört fortschreiten, wird sich die Leistung der Raffinerie bald verdreifachen und nach Vollendung aller Ausdehnungen sogar fünf bis sechs mal so groß wie im vergangenen Jahr werden. Auch in England hat die Gesellschaft bedeutende Anlagen im Bau. Es ist beabsichtigt, in Swansea solche Öle zu raffinieren, die dort besser und wirtschaftlicher als in Abadan bearbeitet werden können. Die Leistungsfähigkeit der dortigen Raffinerie wird doppelt so groß sein wie die gesamte Produktion der schottischen Ölschieferindustrie.

Eine bedeutende Vergrößerung erfuhr die Transport- und Verkaufsorganisation der Gesellschaft durch die Übernahme der British Petroleum Co. Ltd., der Homelight Oil Co. Ltd. und der Petroleum Steamship Co. Ltd., die 1917 sämtlich vom Zwangsverwalter für das feindliche Vermögen übernommen wurden und sich als überaus wertvolle Erwerbungen erwiesen haben. Der Anglo Persian Konzern besitzt jetzt eine Tankerflotte von 162 000 t dwt und hat außerdem weitere 150 000 t bestellt.

An Absatz für die gesteigerte Produktion wird es nicht fehlen. Die einzigen Schwierigkeiten sind die Frage des Transports und der Raffinerie. Außer den großen Lieferungen an die Flotte hat die Anglo-Persian in den Kriegsjahren den ganzen Bedarf der in Mesopotamien kämpfenden Streitkräfte für Eisenbahn, Motor- und sonstigen Transport gedeckt und dadurch ganz wesentlich zum Gelingen des Feldzuges gegen die Türkei beigetragen.

Die politische Lage in Persien hat sich wesentlich geklärt und ist jetzt trotz Unruhe und Bolschewismus zugunsten Englands entschieden. Die Beziehungen der Gesellschaft zur persischen Regierung sind dauernd freundschaftlich; ihre Verhandlungen in Teheran, über deren Gegenstand nichts gesagt wird, sind noch nicht abgeschlossen. Dr. W. Schueger

Ausfuhrregelung in Spanien. Durch königliches Dekret sind folgende grundlegenden Ausfuhrbestimmungen getroffen:

1. Mit Veröffentlichung dieses Dekrets werden Ausfuhrbewilligungen für alle Waren, die es angeht, nur nach vorhergehender amtlicher Feststellung des verfügbaren Überschusses erteilt.

2. Die zulässige Ausfuhrmenge eines Jahres darf unter keinen Umständen den verfügbaren Überschuss übersteigen. Die Ausfuhrbewilligungen in der ersten Jahreshälfte dürfen nicht die Hälfte der ganzen Jahresmenge übersteigen. Ausfuhrbewilligungen werden nur erteilt auf Grund von Lieferungsverpflichtungen aus Handelsabkommen oder internationalen Gegenseitigkeitsverträgen, sowie auf Grund von Anträgen von Syndikaten oder Erzeugerverbänden im Namen ihrer Mitglieder und nur für ihre eigenen Erzeugnisse. Die Regierung wird in jedem Einzelfalle Ursprung und Berechtigung der Anträge prüfen.

3. Die Ausfuhr der betreffenden Waren unterliegt einem Wertzoll, entsprechend dem Preis der Waren auf den Hauptmärkten des Binnenlandes. Die Regierung setzt auf Vorschlag des Versorgungsministers den zu Grunde zu legenden Preis und die Höhe des Ausfuhrzolls fest. Bei rationierten Waren gilt der Höchstpreis als Grundpreis.

4. Der Versorgungsminister setzt vor dem ersten jeden Monats den Grundpreis für den kommenden Monat unter Berücksichtigung der Notierungen auf den Hauptmärkten und aller Informationen, die er für erforderlich hält, fest. Vor der Veröffentlichung in der „Gaceta“ gilt der frühere Preis weiter, jedoch darf diese Verlängerung nicht länger als acht Monate dauern. Der neue Ausfuhrzoll wird automatisch durch die Preisschwankungen auf dem Binnenmarkt bestimmt. Er steigt bzw. fällt mit steigenden oder fallenden Warenpreisen; seine Höhe wird ebenfalls in der im vorigen Absatz erwähnten Verordnung bekanntgemacht.

5. Der Versorgungsminister erläßt die nötigen Ausführungsbestimmungen. H. B.

Englische Transportversicherung. Über die Aussichten des englischen Transportversicherungsgeschäftes schreibt „Fairplay“, allerdings mit dem Vorbehalt, daß ganz genaue Angaben nicht zu bekommen wären und man daher in seinen

Mutmaßungen und Schlußfolgerungen auf bestimmte, feststehende Faktoren angewiesen sei:

Die Höhe der Cascoprämien-Einnahmen wird aller Wahrscheinlichkeit nach eine Steigerung erfahren und die Einnahmen für Prämien auf Waren werden jedenfalls nicht zurückgehen. Die Möglichkeit, die Risiken im Markte zu decken, ist größer geworden, sowohl durch den Eintritt neuer Gesellschaften, als auch weil die einzelnen Gesellschaften die gezeichneten Summen erhöht haben. Der Markt ist stetig, aber abhängig von dem Zutritt neuer Gesellschaften, da abzuwarten ist, ob diese ihren Stand behaupten können, ohne zu Unterbietungen oder anderen Mitteln Zuflucht zu nehmen. Die Nettoüberschüsse sind im Verhältnis zu den hohen Prämieeneinnahmen nicht groß. Allerdings weisen gegenwärtig die Abrechnungen der Versicherungsgesellschaften eine geringere Prämieeneinnahme für 1918 als für 1917 auf, so diejenige der Sea Company, der Indemnity Company und der Merchants Marine Company. Auch ist bei Lloyds's bekannt, daß die Einnahmen zurückgegangen sind. Dies hängt zusammen mit dem großen Verlust an Schiffsraum und damit, daß die erhebliche Erhöhung der Schiffswerte in 1915, 1916 und 1917 im Jahre 1918 gänzlich aufgehört hat. Auch werden verschiedene Linien nach Wegfall der Einkommenzuwachssteuer ihre Versicherungen einschränken. Schließlich haben auch die Ausfuhrbeschränkungen durch die Regierung dazu beigetragen. Doch ist es wenig wahrscheinlich, daß sofort ein erheblicher Rückgang der Cascowerte eintreten wird, und ebenso wenig, daß die Prämien stark fallen werden. Dagegen wird durch die Fertigstellung eines jeden neuen Dampfers die Höhe der Prämieeneinnahme der Versicherer um einige 1000 £ steigen. Das Defizit von 6 000 000 £, das Leo Chiozza Money gegenüber dem Fall, daß der Krieg nicht eingetreten wäre, errechnet hat, wird durch die gegenwärtigen hohen Werte reichlich ausgeglichen. Die Warenpreise werden allerdings voraussichtlich bald erheblich fallen, doch ist ein Ausgleich durch die erhöhte Menge der zur Verschiffung kommenden Güter gegeben. Der Fortfall der Rückversicherungsmöglichkeit in Deutschland hat die englischen Gesellschaften veranlaßt, erheblich höhere Risiken für eigene Rechnung zu laufen, wodurch auf der einen Seite die Einnahmen erhöht, auf der andern aber die Verluste auch erheblich größer geworden sind. So beträgt der Rekordüberschuß der Indemnity Mutual Marine Insurance Company von 441 000 £ nur 13,38 % der Prämieeneinnahme, während der Gewinn des Jahres 1913 von 88 344 £ 16,3 % und des Jahres 1911 von 62 521 £ sogar 19,01 % betrug. Im Jahre 1916 wurden 7, im Jahre 1917 8 und 1918 sogar, soweit bisher bekannt, 27 neue Gesellschaften gegründet. Allerdings haben diese 27 Gesellschaften nicht mehr an den großen Gewinnen, die aus dem Regierungssystem der „flat rate“ gezogen werden konnten, teilgehabt und die Güte dieser Gesellschaften läßt sich daher nicht feststellen, zumal bei der Transportversicherung von der Regierung keine Depots verlangt werden. P. W.

Ausfall der nächsten Nummer?

Durch die stockende Kohlenversorgung Hamburgs besteht die Gefahr, daß in der nächsten Woche der „Wirtschaftsdienst“ nicht erscheinen kann. Wir weisen unsere Leser schon vorher auf diese bedauerliche Möglichkeit hin, um Beschwerden über unregelmäßige Lieferung zu vermeiden. Eintretenden Falles beabsichtigen wir in der Woche nach Ostern durch ein Doppelheft den Ausfall wettzumachen.

Schriftleitung und Verlag

des „Wirtschaftsdienst“